Hamburg und Österreich
1814-1866

VON

ERNST BAASCH

MIT ANHANG: ZUR KRITIK MEINER
„GESCHICHTE HAMBURGS 1814-1918“

DRUCK UND VERLAG
DER UNIVERSITÄTSBUCHDRUCKEREI EMIL GROSS, G. M. B. H.
FREIBURG IM BREISGAU
1930

Hamburg und Österreich 1814-1866

VON

ERNST BAASCH

MIT ANHANG: ZUR KRITIK MEINER „GESCHICHTE HAMBURGS 1814-1918"



DRUCK UND VERLAG
DER UNIVERSITÄTSBUCHDRUCKEREI EMIL GROSS, G. M. B. H.
FREIBURG IM BREISGAU
1930

Vorwort.

Folgende kleine Schrift bildet einen Nachtrag und eine Ergänzung zu Band I meiner „Geschichte Hamburgs 1814 bis 1918“ (Gotha-Stuttgart, 1924/25). Ich glaube, daß diese Mitteilungen nicht nur für die hamburgische, sondern auch die Geschichte Österreichs einiges Interesse haben. Die Arbeit beruht im wesentlichen auf Akten des Haus-, Hof- und Staatsarchivs in Wien und des Hofkammer-Archivs ebendort. Einiges lieferte auch das Geh. Staatsarchiv in Berlin und das Staatsarchiv in Hamburg.

In einem Anhang habe ich mich mit einigen Kritikern meiner „Geschichte Hamburgs“ beschäftigt.

Freiburg i. Br., den 1. Juli 1930.

Der Verfasser.

Die Beziehungen zwischen der österreichischen Monarchie und Hamburg sind von jeher nicht unbedeutend gewesen. Seit dem Ende des 16. Jahrhunderts gewinnt die Elbe in diesen Beziehungen eine zunächst zwar noch bescheidene, dann aber wachsende Bedeutung; der Warenaustausch nahm zweifellos dauernd zu. Neben den wirtschaftlichen waren es aber die politischen Gesichtspunkte, die in dem gegenseitigen Verhältnis zur Geltung kamen. Die Kaisermacht an der Donau hat trotz der weiten Entfernung und trotz ihrer in den Zuständen des Heiligen Römischen Reiches begründeten Schwäche niemals die Bedeutung verkannt, die der im Norden Deutschlands so einflußreichen Stadt zukam. Wie sich der Kaiser während des Dreißigjährigen Krieges gerade Hamburg, d. h. einer evangelischen Stadt, gegenüber vielfach gnädig zeigte, ihm wichtige Privilegien verlieh, allerdings in der Erwartung maritimer Hilfe gegen seine Feinde, so hat er auch in den schweren Verfassungswirren, die Hamburg um die Wende des 17. zum 18. Jahrhundert durchzumachen hatte, auf eine Schlichtung derselben kräftig und maßgebend eingewirkt; noch im Jahre 1721 aber, als der hamburgische Pöbel sich an der katholischen Gesandtschaftskapelle tätlich vergriffen hatte, wurde der Stadt vom Kaiser eine harte Buße auferlegt. Doch allzuviel spürte man in Hamburg von der kaiserlichen Autorität nicht, trotz des hier seßhaften Gesandten; und in der Regel beschränkten sich die Hilfeleistungen und sonstigen Aktionen des Kaisers auf diplomatische Schritte. Der anwachsenden Macht der Nachbarstaaten, Dänemarks, Hannovers, Brandenburg-Preußens, fiel in den auswärtigen Beziehungen der Stadt eine größere Bedeutung zu; allerdings drückten diese Nachbarn auch weit schwerer auf Hamburg, als es jemals seitens des Kaisers geschehen war.

Formell wurde nun das Verhältnis Hamburgs zu der Habsburger Monarchie verändert dadurch, daß, nachdem

Kaiser F r a n z 1806 die Würde eines Römischen Kaisers niedergelegt hatte und nachdem durch die Errichtung des Deutschen Bundes ein neuer deutscher Staatenorganismus geschaffen war, Hamburg als gleichberechtigtes Mitglied dieses Bundes in dem Kaiser von Österreich nicht mehr, wie einst, das Oberhaupt des Reiches sah, sondern nur den Primum inter pares, den Vertreter der Präsidialmacht Österreich. Jetzt war der Schwerpunkt der offiziellen Beziehungen nach Frankfurt a. M. verlegt; und hier haben fünfzig Jahre hindurch die mit Frankfurt in der 17. Kurie vereinigten Hansestädte im Rahmen der Verfassung des Deutschen Bundes gewirkt.

Wie Hamburg seine Residenten in Wien weiterbehielt, so auch Österreich seine Geschäftsträger oder Minister-Residenten in Hamburg; und durch sie namentlich suchte es seinen Einfluß dort zu wahren und zu erweitern; wie in den andern deutschen Missionen des Kaiserstaats stets in der Richtung und Absicht, gegen die oft widerstrebenden Neigungen anderer deutscher Staaten, sei es nun Preußens oder der Mittelstaaten, Bundesgenossen für die Austragung der Meinungsverschiedenheiten am Bundestag zu gewinnen. Außerdem war Hamburg als Mittelpunkt eines guten Nachrichtendienstes besonders geschätzt. Für die Pflege der wirtschaftlichen Beziehungen hätte auch eine gute konsularische Vertretung ausgereicht.

Als sich im Frühjahr 1814 endlich die Aussicht zeigte, daß auch für Hamburg die Stunde der Befreiung bald geschlagen haben würde, lag die Vertretung der Interessen der Stadt außerhalb ihrer Mauern — innerhalb bestand noch die französische Fremdherrschaft — im wesentlichen in den Händen des Syndikus G r i e s, eines zwar kränklichen, aber tüchtigen Mannes, der neben den Vertretern der Schwesterstädte, dem Bremer S m i d t und dem Lübecker H a c h, vollauf seiner Aufgabe gewachsen war. Er befand sich im Hauptquartier der Verbündeten und richtete am 13. März 1814 in Chaumont an M e t t e r n i c h ein Schreiben, dem er ein ausführliches „Mémoire" beifügte. In diesem schilderte er die Leiden Hamburgs, seine ungeheuren Verluste und sprach die feste Erwartung aus, daß die Stadt, wenn auch nicht vollen Ersatz, so doch eine erhebliche Entschädigung für die erlittenen Schäden erhalten werde; die bevorstehenden Friedensverhandlungen böten hierfür die geeignete Gelegenheit. Dringend empfahl er diese Angelegenheit dem Wohlwollen des Kaisers. In mehreren weiteren Schriftstücken aus Paris an Metternich[1] wurde die Rückgabe des von den Franzosen geraubten Bankfonds, der sequestrierten Magazine, Vorräte und Schiffe gefordert[2]. Ein ähnliches Schreiben richtete Gries am 10. Mai an H a r d e n b e r g. Die Bankangelegenheit nahm auch weiterhin in der Korrespondenz mit Österreich einen großen Raum ein. Im Juni 1814, also gleich nach der Befreiung der Stadt, wandte sich der Senat in dieser Frage unmittelbar an den Kaiser; am 1. Juli erbat er für G r i e s eine Audienz[3].

Setzte in dieser wichtigen Angelegenheit Hamburg sein ganz besonderes Vertrauen auf Österreich, so traf dasselbe zu auf die noch bedeutsamere Frage der Wiederherstellung und Anerkennung der Unabhängigkeit der Stadt; auch hierbei ist Österreich, d. h. Metternich, für diesen Wunsch Hamburgs warm eingetreten[4]. In diesem Punkt stimmte Österreich auch mit Preußen überein. Weniger scheint das der Fall gewesen zu sein hinsichtlich der Regelung der Bankfrage. Der österreichische Gesandte v. H o e f e r schrieb den langsamen Gang dieser Verhandlung in Paris hauptsächlich dem geringen Eifer zu, den Preußen dafür an den Tag legte, da es mehr Interesse für seine zugunsten Danzigs erhobenen Forderungen habe[5]. Deshalb wandte sich der Senat von

---

[1] Gries an Metternich, 1814, 19. April, 7. Mai.

[2] Über den Bankfonds vgl. B a a s c h, Die Handelskammer zu Hamburg (1915), II. 1, S. 262 ff.

[3] Senat von Hamburg an den Kaiser, 1814, 17. Juni, 1. Juli, 2. Sept.

[4] Vgl. W o h l w i l l, Neuere Geschichte von Hamburg (1914), Seite 532.

[5] v. Hoefer, 1815, 6. Dezember; Gries an Synd. Doormann, 23. Dez., betr. das Bedauern Humboldts über den üblen Ausgang der Banksache.

neuem an v. Hoefer und bat, Metternich möge die Bankangelegenheit betreiben[6]. Damals war bereits in Paris eine Konvention geschlossen, die später noch erweitert wurde[7]. Am 19. Juli 1816 dankte der Senat für die kaiserliche Unterstützung.

Auf anderem Gebiete liegen die Beziehungen zu Österreich, die sich aus den örtlichen Verhältnissen der Stadt ergaben. So war nach 1814 längere Zeit Gegenstand lebhafter Unterhandlung das Kaiserliche Gesandtschaftshaus. Dieses auf dem Neuen Wall gelegene stattliche Gebäude war einst von dem Grafen Görtz erbaut, im Jahre 1722 aber von der Stadt angekauft und an Stelle der 1719 vom Pöbel zerstörten Wohnung und Kapelle des Kaiserlichen Gesandten diesem zur Verfügung gestellt worden. Seitdem wohnten hier die beim Niedersächsischen Kreise beglaubigten Kaiserlichen Gesandten. Der Senat ging aber von der Ansicht aus, daß die Verpflichtung der Überlassung dieses Hauses an den Gesandten sich nur auf die Kaiser aus dem Hause Österreichs erstrecke; als nach der Wahl des Wittelsbachers Karl VII. zum Kaiser dessen Gesandter, der Graf v. Bünau, 1742 jenen Anspruch auch für sich erhob, räumte man ihm das Haus nur mit Vorbehalt aller Rechte und unter Aussetzung der Entscheidung mietweise und provisorisch ein. Nach der Wahl des Kaisers Franz I. wurde das Haus wieder dessen Gesandten überlassen. Als aber Kaiser Franz II. im Jahre 1806 die Kaiserkrone niederlegte, hielt der Senat den Zeitpunkt für gekommen, das Gebäude endgültig wieder an die Stadt zu bringen, und teilte dies dem nunmehrigen österreichischen Geschäftsträger v. Hoefer mit, indem er in einem Promemoria[8] ausführlich darlegte, daß mit dem Aufhören der Kaiserwürde auch das Recht des Hauses Österreich an dieses Gebäude erloschen sei. Eine Antwort ist hierauf nie erfolgt. v. Hoefer blieb bis 1810 in dem Hause wohnen und wurde erst dann durch die Franzosen gewaltsam daraus vertrieben.

[6] Hamburger Senat an v. Hoefer, 1816, 19. Februar.
[7] 1815, 20. November und 1816, 27. Oktober.
[8] Vom 29. Oktober 1806.

Nach dem Abzug der Franzosen im Mai 1814 meldete sich alsbald auf Befehl Metternichs v. Hoefer und verlangte die Einräumung des Gebäudes[9]. Der Senat lehnte aber diese Forderung ab nicht nur mit dem Hinweis auf das erwähnte Promemoria von 1806, d. h. die rechtlichen Gründe, sondern auch auf die Notwendigkeit für die Stadt, angesichts des bösen Zustandes, in dem sich die meisten öffentlichen Gebäude befanden, dies alte Gebäude für städtische Zwecke zu benutzen; er habe außerdem, da die katholische Kapelle während der französischen Herrschaft ihrer Einrichtung beraubt worden sei, den Katholiken eine eigene Kirche unentgeltlich einräumen müssen[10]. Tatsächlich war letzteres schon 1811 auf Veranlassung des Präfekten geschehen und den Katholiken die sog. kleine Michaeliskirche überwiesen worden[11]. v. Hoefer verhandelte nun mit Syndikus von Sienen. Der Senat war in Verlegenheit, da ihm bei der noch ungeklärten Lage der Dinge in Deutschland an dem guten Einvernehmen mit Österreich sehr viel liegen mußte; v. Sienen schützte deshalb den Widerstand der bürgerlichen Kollegien vor, meinte aber vertraulich, daß bei fortdauerndem Drängen Österreichs die Bürgerschaft wohl nachgeben werde. Ob Gries bei seiner Anwesenheit in Wien im Sommer 1814 die Sache dort zur Sprache gebracht hat, wie v. Hoefer vermutete[12], läßt sich nicht feststellen. Der Senat war weit entfernt von einer Aufgabe des einmal in Besitz genommenen Hauses. Er gab hier am 18. Oktober 1814 einen großen Ball mit Abendessen, was v. Hoefer sehr unschicklich fand; er schrieb dem Senat die Absicht zu, durch die Wahl dieser Örtlichkeit für das Fest, für das sie sich gar nicht eigne, die freie Disposition über das Gebäude nach außen hin offenbaren zu wollen[13].

[9] v. Hoefer, 1814, 6. Juni; v. Hoefer hatte sich während der Belagerung in Pinneberg aufgehalten.
[10] Senat an v. Hoefer, 1814, 10. Juni.
[11] Dreves, Geschichte der katholischen Gemeinde zu Hamburg und Altona, 2. Aufl. (1866), Seite 266 ff.
[12] v. Hoefer, 1814, 9. Juli.
[13] v. Hoefer, 1814, 22. Oktober.

Noch im Februar 1816 kam v. Hoefer auf diese Angelegenheit zurück, jetzt aus persönlichen Gründen. Infolge der Zunahme des Handels und der Zuwanderung mehrerer englischer Handelshäuser sei der Hauszins hier sehr gestiegen; man forderte für das von ihm bewohnte kleine Haus, für das er im ersten Jahre 1150 Mark, dann 1000 Mark jährlich gezahlt habe, jetzt 1500 Mark. Die Regierung wünschte aber die Frage des Gesandtschaftshauses nicht mit der Wohnung des Gesandten in Verbindung gebracht zu sehen und legte ihm nahe, sich mit seiner Mietswohnung zweckmäßig einzurichten[14]. Dann verschwindet für längere Zeit diese Frage aus den Akten. Erst 1827 kam der Gesandte v. Binder auf die Frage zurück und mahnte, sie nicht verjähren zu lassen; der Stadt gehe es jetzt gut und man solle die günstige Konjunktur nicht verstreichen lassen[15]. Es ist nichts darauf erfolgt; die Regierung hatte diesen Anspruch endgültig aufgegeben.

Eine andere, die gegenseitigen Beziehungen berührende Frage betraf das am 20. Oktober 1814 zwischen Senat und Bürgerschaft vereinbarte „Reglement über die Verhältnisse der christlichen Religions-Verwandten"[16]. Als solche kamen neben den Reformierten vorzüglich die Katholiken in Betracht. Für die Ausübung ihrer Religion blieb es danach im wesentlichen bei dem Rat- und Bürgerschlusse vom 19. September 1785; dieser hatte u. a. die Ausübung des katholischen Gottesdienstes von der Kapelle des Kaiserlichen Gesandten unabhängig gemacht[17]. In den Beziehungen zum Staat aber wurde den Katholiken jetzt völlige Gleichstellung mit den Lutheranern bewilligt; ausgenommen blieben nur die

[14] v. Hoefer, 1816, 21. Februar, 23. März; 1817, 29. Januar. Im Jahre 1816 erreichte v. Hoefer, der mehrfach über seine materielle Benachteiligung durch den Abstand des Hauses klagte, daß man ihm nicht mehr die 10 Prozent Arrha von seinem Gehalt von 6000 Mark abzog (v. Hoefer, 1816, 9. August, 28. September).

[15] v. Binder, 1827, 18. März.

[16] Lohmann, Rat- und Bürgerschlüsse, I. 125 ff.

[17] Vgl. Dreves a. a. O., S. 236 ff.

ausdrücklich auf den Religionskult bezüglichen Stadtdienste, ferner die Aufnahme in den Senat. Die katholische Gemeinde, der hiervon Mitteilung gemacht wurde, war nun zwar mit der bürgerlichen Gleichstellung einverstanden; da aber mit dieser auch die Übernahme von Pflichten und Lasten verbunden war, so fand die Gemeinde „bei den fortdauernden Verhältnissen ihrer Kirche als einer nur geduldeten" Bedenken, solche Verpflichtungen unbedingt zu übernehmen; sie könne, so legte sie dar, erst dann jene übernehmen, wenn „im Staate eine vollkommene Gleichheit der Rechte und Pflichten beider christlichen Religions-Verwandten" eingeführt sei. Was die kirchlichen Verhältnisse betraf, so lehnte die Gemeinde jede Entscheidung ab, da diese nur ihrer geistlichen Obrigkeit zustehe; die Bewilligungen von 1785 seien ihr völlig unbekannt, und ohne Genehmigung der geistlichen Oberbehörde könne sie diese nicht als bindend für die Kirche anerkennen[18]. Da die katholische Gemeinde in dem Kaiser von Österreich noch immer ihren Schutzherrn sah, wurde auch v. Hoefer in diese Sache hineingezogen; er war mit jener Vorstellung nicht einverstanden und hätte es für richtiger gefunden, wenn sich die Gemeinde gar nicht auf eine Erklärung eingelassen und nur den Empfang bestätigt hätte[19]. Der Senat nahm auch keine Notiz von der ja praktisch unwesentlichen Vorstellung; doch wurde einige Jahre später, nachdem der Artikel 16 der deutschen Bundesakte die völlige Gleichstellung aller drei christlichen Konfessionen festgesetzt hatte, der Artikel 5 des Reglements von 1814 aufgehoben und damit den Katholiken die Wahlfähigkeit in den Senat eingeräumt[20]. Praktisch ist dieses Zugeständnis niemals, auch nicht nach der Verfassung von 1859/60, zur Ausführung gekommen. Der katholischen Gemeinde in Hamburg, die sich hauptsächlich aus Minderbemittelten zusammensetzte und im Jahre 1816 mehr als 4000 Mitglieder umfaßte, ging es schlecht, und v. Hoefer empfahl auf Bitten des Pfarrers

[18] Katholische Gemeinde an den Senat, 1814, 28. November.

[19] v. Hoefer, 1814, 26. November, 3. Dezember.

[20] Vgl. Lohmann, II. 46.

Kösters eine Unterstützung durch die österreichische Regierung[21].

Auch die militärische Lage der Stadt spielte in den Verhandlungen mit Österreich eine Rolle. Seit der Besetzung der Stadt durch die Belagerungsarmee unter General v. Bennigsen ruhte die schwere Last der Einquartierung und Bewaffnung auf Hamburg. Der Verwaltungsrat, der über die besetzten und eroberten Gebiete zu verfügen hatte und an dessen Spitze der Freiherr v. Stein stand, entsandte im Juni 1814 den Bremer Gildemeister nach Hamburg, damit er sich über den Zustand der Bewaffnung unterrichte. Der Senat betonte aber die Unmöglichkeit zu weiteren großen Opfern und vermied jede bestimmte Antwort[22]. Dagegen riet v. Bennigsen, die Stadt möge ein reguläres Militär unter einem erfahrenen Stadtkommandanten halten[23]. Stein zeigte sich über das Zögern der Stadt sehr unzufrieden. Da man nun in Hamburg befürchtete, es möchten die verbündeten Mächte der Stadt den dauernden Charakter einer Festung beilegen wollen, während doch schon 1804 mit der Beseitigung der Festungswerke begonnen worden und die völlige Durchführung nur durch die französische Besetzung unterbrochen war, wandte sich der Senat am 2. September 1814 an den Kaiser[24]. Er stellte vor, daß „eine große volkreiche Handelsstadt und eine Festung einander gerade widersprechende Objekte“ seien — „Friede, Ruhe, Freiheit beleben den Handel; Krieg, Waffengetöse, Gewalt töten ihn“; Hamburg als „für den Welthandel zur Aufbewahrung des Eigentums aller Nationen bestimmte Handelsstadt“ werde rettungslos der Vernichtung anheimfallen, wenn man sie zu einem Waffenplatze, einer Festung bestimmen wolle. „Gar bald würde der erschrockene Handelsmann davoneilen und einen

[21] Die Zahl nach v. Hoefers Bericht von 1816, 13. Januar; vgl. dazu Dreves, Seite 283.

[22] v. Hoefer, 1814, 25. und 29. Juni, 20. August.

[23] Über die Bemühungen v. Bennigsens, diese Stelle seinem Bruder zu verschaffen, vgl. F. Voigt, Beiträge zur hamburgischen Verwaltungsgeschichte, III (1918), Seite 7, 40, 76.

[24] v. Hoefer, 1814, 7. September; vgl. Lohmann, I. 36, 45.

Platz meiden, wo ihm, statt der bürgerlichen Ruhe und Ordnung, militärischer Dienst und Befehle, Besorgnisse und Gefahren drohen.“ Bald würde „auch noch die kleine Zahl der zurückgelassenen Einwohner, die so glücklich waren, einen Teil des ihrigen aus den Händen der Räuber ihres vormaligen Wohlstandes gerettet zu haben, einen ruhigeren Aufenthalt, einen Zufluchtsort wählen, um sich den neuen Besorgnissen zu entziehen“; und dann werde „die erste, die nützlichste der teutschen Handelsstädte verschwinden und ihr Name nur noch in der Geschichte leben“[25]. Diese zwar übertriebene, nach den Leiden der letzten Jahre aber begreifliche Darstellung wird nicht ohne Eindruck geblieben sein. Jedenfalls kam man von jener Absicht zurück. Allerdings mußte die Stadt auf eine Verstärkung ihrer militärischen Kräfte bedacht sein. Es ging sogar zeitweise das Gerücht, v. Bennigsen werde einige russische Regimenter in Hamburg belassen, da man Unruhen befürchtete und auf die Garnison kein rechter Verlaß war, das Bürgermilitär aber noch weniger Vertrauen einflößte. Nach der Meinung des freilich nicht ganz unbefangenen v. Hoefer[26] war die preußische Regierung mit der Beschleunigung der militärischen Organisation Hamburgs nicht einverstanden, weil sie es lieber gesehen hätte, es brächen Unruhen aus, die Preußen den Vorwand gegeben, Truppen in die Stadt zu legen.

Überhaupt tritt jetzt die Eifersucht Österreichs auf Preußen auch auf dem hamburgischen Boden hervor. Stets hatte v. Hoefer etwas an seinem preußischen Kollegen Graf Grote auszusetzen; bald machte sich dieser „lächerlich“ durch seine vielen, an den Senat gerichteten Noten, die nur bezweckten, „um seinem Hofe nach und nach mehr Einfluß in den hiesigen inneren Angelegenheiten und eine Art von Mitausübung oder wenigstens Aufsicht über die Polizei zu verschaffen“; bald rügte er die kostspieligen Feste, die jener

[25] Dazu Gries an Metternich, 1815, 6. März; an Hardenberg, 1814, 10. Mai; ferner die Schrift „Ist es nützlich und ausführbar, Hamburg zur Vestung zu machen?“ (Hamburg, Perthes u. Besser, 1814.)

[26] 1814, 24. und 31. Dezember.

gab und die um so befremdlicher seien, „als seine Finanzumstände nicht wenig zerrüttet sind“. Bei solchen Darlegungen spielte wohl das dürftige Gehalt v. Hoefers, über das er wiederholt klagte, eine Rolle[27].

Über die Stimmung in Hamburg ließ der Gesandte sich öfters aus. Nach der Rückkehr Napoleons von Elba galt seine Aufmerksamkeit vornehmlich der hamburgischen Polizei, der er vorwarf, nicht genügend sich um die durchpassierenden Kuriere Napoleons gekümmert zu haben. Auf eine Note v. Hoefers sprach der Senat seine Bereitwilligkeit aus, auf die französischen Emissäre und Spione scharf aufzupassen[28]. Gegenüber den übertreibenden Gerüchten, nach denen im Senat noch vier heimliche Anhänger Napoleons sitzen sollten, betonte v. Hoefer, daß er das nicht glaube und Äußerungen, aus welchen man so etwas schließen könne, mehr für die Wirkung von Furcht und Angst halte als für ein Zeichen der Anhänglichkeit; im allgemeinen sei die Stimmung gut[29]. Die Presse verfolgte v. Hoefer aufmerksam; die Ausfälle des „Deutschen Beobachters“ gegen Österreich wurden scharf getadelt; er ersuchte Metternich, ihn zu autorisieren, sich amtlich beim Senat zu beschweren[30]. Hinsichtlich des Friedensschlusses mit Frankreich wurde die Zustimmung der Bevölkerung zu den weitgehenden Forderungen Preußens festgestellt, „so wenig man auch sonst in den meisten übrigen die Grundsätze jener vorgreifenden und strebenden Macht theilet“. Viel Beachtung, aber geringe Billigung, wenigstens unter den „Gutgesinnten“, finde Arndts Schrift über die rheinische Mark; man wünsche, „daß diesem zweideutigen Manne, der bald dem Despotismus, sobald es einer gewissen Macht zum Vorteil ist, das Wort rede, bald sich als ein wahrer Jakobiner zeigte und dessen Tendenz nur zur Erregung von Mißtrauen und Uneinigkeit in Deutschland führe, sein Handwerk ernstlich gelegt werden müßte“. Auch Grote, „der doch nichts sehnlicher wünschte, als daß die hingeworfenen Ideen von Herstellung des deutschen Kaisertums, jedoch nur für Preußen, realisiert würden“, äußere laut seinen Abscheu gegen die gefährlichen Grundsätze jener Schrift. Im allgemeinen war v. Hoefer mit der Stimmung zufrieden. Wenn, so legte er Anfang 1816 dar, die vom Senat oft bekannte Anhänglichkeit an Österreich sich nicht so voll und ganz bewähre, so dürfte die Ursache wohl in der Religionsverschiedenheit beruhen. Er zweifle nicht, daß der Senat sich im Bundestage dem Kaiserlichen Hofe anschließen werde; die Nachbarschaft Preußens und Hannovers erweckte beim Senat stets mehr Besorgnisse als das entfernte Österreich, das in kritischen Fällen immer als „mächtiger Stütz- und Schützpunkt“ dienen könne. Eine Unterredung, die er über diesen Gegenstand mit Bürgermeister Amsinck hatte, bestärkte v. Hoefer in dieser Ansicht und ließ ihn nicht zweifeln, daß dem Gesandten am Bundestage, Syndikus Gries, eine entsprechende Instruktion erteilt sei. Dabei entging es ihm nicht, daß beim Senat infolge der Anerkennung seiner Souveränität im Bunde der „Eigendünkel“ stark zugenommen habe und daß dieser sich nicht nur dem „Bunde“, sondern auch der Bürgerschaft gegenüber äußere[31].

[27] v. Hoefer, 1815, 10. Mai, 19. Juli; 1818, 6. Februar.

[28] v. Hoefer, 1815, 19. April; Note v. Hoefers, 1815, 12. April; Senat an v. Hoefer, 14. April.

[29] v. Hoefer, 1815, 5. April.

[30] Vgl. Baasch, Geschichte des hamburgischen Zeitungswesens (1930), Seite 17.

Schon damals wandte die österreichische Regierung den wirtschaftlichen Verhältnissen, die ihre Lande mit Hamburg verknüpften, Aufmerksamkeit zu. Im Sommer 1816 sandte sie den Legationsrat Pichler nach dort mit dem Auftrag, die Ansichten der Kaufmannschaft über die Finanzen der Monarchie kennenzulernen und darüber zu berichten. Anlaß dazu gaben die traurigen Zustände der Nationalbank. In Hamburg sah man die österreichischen Finanzen offenbar in günstigerem Lichte als in Wien, man erwartete, daß die bereits getroffenen Maßregeln der Regierung eine heilsame Wirkung haben würden. Pichler, der bis zum Juni 1817 in

[31] v. Hoefer, 1815, 30. August; 1816, 6. Januar, 7. August, 23. Okt.

Hamburg blieb, holte sich seine Informationen namentlich bei dem angesehenen Bankhause H e c k s c h e r u. C o.[32].

Das Interesse der Regierung für die hamburgischen Handelsverhältnisse gab sich auch darin kund, daß man größeren Wert als früher auf die Bestellung eines Konsuls legte. Die k. k. Zentralorganisierungs-Kommission wünschte eine Personalunion der Posten des Ministerresidenten und des Generalkonsuls sowie die Ernennung eines Vizekonsuls[33]. Um das Konsulat bewarb sich seit längerer Zeit der Kaufmann J. D. M u t z e n b e c h e r, und dieser lehnte es ab, nur Vizekonsul zu sein[34]. Man ernannte dann im September 1816 Mutzenbecher zum Konsul; der Senat bestätigte ihn. Nach v. Hoefers Tode (8. November 1819) hielt sein Nachfolger Baron v. B i n d e r - Kriegelstein die Verbindung des Generalkonsulats mit der Ministerresidentur nicht mehr für nötig, da die Konsulatsgeschäfte mehr kommerzieller Art seien. Er hatte Bedenken gegen die Übertragung des Generalkonsulats an Mutzenbecher, die dieser erstrebe; er habe seine, v. Binders, Ernennung zum Generalkonsul neben der Ministerresidentur als eine Zurücksetzung seiner Person bezeichnet und mit Niederlegung seiner Stelle als Konsul gedroht[35]. Die Regierung aber beschränkte nun v. Binder auf die Ministerresidentur und ernannte Mutzenbecher im Sommer 1820 zum Generalkonsul. Gleichzeitig erhielt Richard P a r i s h das Konsulat, um das er sich beworben hatte[36]. Das war nun unter diesen Umständen kaum etwas anderes als eine Sinekure, die ihre Begründung in dem eigenartigen Verhältnis hatte, in dem die Regierung zu Parish stand.

Zu dem hamburgischen Hause P a r i s h hatte die Regierung seit längerer Zeit nahe Verbindung. John Parish

[32] Bericht Pichlers vom 31. August 1816.
[33] Metternich an v. Hoefer, 1816, 11. Mai.
[34] Promemoria Mutzenbechers, 1816, 24. Mai; v. Hoefer, 14. August.
[35] Metternich an v. Binder, 1819, 4. Dezember; v. Binder, 1819, 21. Dezember; Mutzenbecher an Metternich, 1819, 27. November; v. Binder, 1820, 18. Februar.
[36] Parish hatte Mutzenbecher 1819 bei einem längeren Urlaub bereits vertreten.

(Sohn) hatte 1809 dem Kaiserstaat den Bezug der englischen Subsidien vermittelt[37]; noch 1832 erkundigte sich die Regierung nach dem Kredit des Hauses, der übrigens sehr gut war; sie glaubte noch Forderungen an Parish auf Grund jener Subsidien zu haben[38]. Später stand sie namentlich mit David Parish, dem jüngeren Sohn des alten John Parish, in Verbindung; er trat etwa 1820 in das Wiener Bankhaus F r i e s u. Co. ein und war auch mit R o t h s c h i l d nahe verbunden. Mit M e t t e r n i c h stand er auf vertrautem Fuß, lieferte ihm auch politische Nachrichten; seine guten Beziehungen benutzte er gern zu geschäftlichen Zwecken, namentlich zum Zwecke der Beteiligung an den Tabaklieferungen für die österreichische Regie[39]; bei einer Anleihe leistete er 1818 der Regierung gute Dienste[40]. Richard P a r i s h war ein Bruder Davids; die Hofkammer, über die Verleihung des Konsulats befragt, äußerte sich, daß „die Gebrüder Parish, wovon der eine (John) sich in Ew. Majestät Staaten angesiedelt hat, sich immer tätig und bereitwillig zur Emporhebung des österreichischen Staatskredits zeigten, der Bittsteller Richard Parish aber vermöge seiner Eigenschaften und Verhältnisse die angesuchte Rücksicht in hohem Grade verdient“[41]. Über Mutzenbecher urteilte v. Binder später weit günstiger, er lobte seinen „Diensteifer“ und hatte nichts dagegen einzuwenden, daß jener ihn während seines Urlaubs vertrat[42]. Mutzenbecher hat diese Vertretung mehrere Jahre innegehabt; er bat 1822, ihm, wenn v. Binder nicht zurückkomme, die Geschäftsträgerstelle neben dem Generalkonsulat zu übertragen, da erstere tatsächlich recht unbedeutend sei. Er unterzog sich allen Arbeiten un-

[37] R. E h r e n b e r g, Das Haus Parish in Hamburg (1905), Seite 117 ff.
[38] Regierung an v. Binder, 1832, 12. August; v. Binder, 29. August.
[39] Dav. Parish an Metternich, 1820, 20. Juli, 29. November; 1821, 26. Januar, 19. März, 11. Juni.
[40] E h r e n b e r g, Große Vermögen (1902), Seite 77.
[41] Bericht der Hofkammer, 1820, 8. Januar. Doch hat Parish das Konsulat nur kurze Zeit innegehabt.
[42] v. Binder, 1821, 13. März.

entgeltlich und erhielt erst auf dringendes Gesuch Ersatz für seine baren Auslagen. Namentlich um die Elbschiffahrtsangelegenheiten machte er sich verdient, während er viel Ärger hatte, als der in Hamburg festgenommene lombardische Verschwörer U g o n i aus dem Gefängnis entkam und Mutzenbecher in dieser Sache gegen die hamburgischen Behörden sehr entschieden auftrat[43]. Als dann v. Binder Anfang 1825 zurückkehrte, kam Mutzenbecher, dessen wiederholte Gesuche um ein festes Gehalt kein Gehör gefunden hatten, um seine Entlassung ein, die ihm in ehrenvoller Weise gewährt wurde[44]. Das Generalkonsulat wurde nun wieder mit der Ministerresidentur vereinigt; in dem Kanzler H e n n e b e r g erhielt v. B i n d e r vorübergehend eine Hilfskraft; 1826 trat an Hennebergs Stelle D e p r e t i s. In dieser Zeit gewannen die wirtschaftlichen Gegenstände in den österreichisch-hamburgischen Beziehungen größere Bedeutung; die Berichterstattung legt hiervon Zeugnis ab. Lebhaft interessierte sie sich für die in Hamburg aufgenommenen Anleihen anderer Mächte; sodann wurde über die in jenen Jahren oft krisenhaften Zustände der hamburgischen Börse eingehend berichtet, der „ungezäumte Spekulationsgeist" der Hamburger getadelt. Insbesondere im Jahre 1822 nahmen diese Verhältnisse einen beängstigenden Charakter an. Auch andere merkantile Angelegenheiten speziellerer Art wurden ausführlich behandelt, so die Anlegung der Dampfmühle von H a n s e n u. B r o c k u. a. m.[45].

Für die Schiffahrt auf der Elbe wuchs das Interesse Österreichs. Namentlich seit dem Abschluß der Elbschiffahrtsakte 1821 und der Revision von 1824 steigerte sich der Anteil Österreichs an dieser Fahrt, und die Beziehungen zu Hamburg gestalteten sich auf diesem Wege lebhafter. Die alljährliche Bereisung der Elbe durch den Kaiserlichen

[43] Mutzenbecher, 1822, 16. November; 1823, 6. Mai; v. Binder, 1825, 25. Januar.
[44] v. Binder, 1825, 14. Dezember.
[45] v. Binder, 1820, 14. März, 23. und 30. Juni; 1821, 21. November, 8. Dezember; 1825, 23. Februar; v. Hoefer, 1819, 6. Juli; v. Binder, 1822, 12. Januar, 12. Februar; 1826, 16. Juni.

Gubernialrat und Generalkonsul bei den Elbuferstaaten, Jos. E i c h h o f f, trugen hierzu vieles bei; nur verlangte die Hofkammer, daß diese Reisen auch wirklich auf dem Fluße selbst, nicht in einer Entfernung von dreißig Meilen von dem Strom zurückgelegt würden[46]; dem Kanzler des Generalkonsulats in Hamburg, H e n n e b e r g, wurde der bestimmte Auftrag erteilt, seine Reise dorthin auf der Elbe selbst auszuführen. Für Einrichtung von Dampfschiffahrten auf der Elbe, namentlich in Böhmen, zeigte die Regierung großes Interesse; an Bewerbern um Zulassung solcher Unternehmungen fehlte es nicht; Privilegien waren aber nach der Elbschiffahrtsakte ausgeschlossen. Auch für die Regulierung des Stader Zolls trat schon 1825 die Staatskanzlei ein[47]. Dagegen sah man in der schon damals geplanten Eisenbahn von Hannover nach Hamburg und Bremen eine Gefahr für den Elbhandel[48]. Einer Niederlage von Quecksilber in Hamburg, die 1826 von E i c h h o f f vorgeschlagen wurde, wäre man gern nähergetreten, es fehlte aber an Vorräten[49].

Angesichts der Zunahme der wirtschaftlichen Interessen erachtete es die Regierung für angemessen, das Generalkonsulat wieder mit der Ministerresidentur zu verbinden; sie instruierte deshalb v. Binder über seine Pflichten in der Eigenschaft als Generalkonsul[50]. Hamburg, so heißt es hier, gehöre zu jenen interessanten Plätzen des Auslandes, in welchen „ein österreichischer Nationalkonsul auch außer der commerziellen Sphäre zur Beförderung innerer Staatszwecke auf eine vorteilhafte Weise einwirken kann". Deshalb und zur Schonung des Staatsschatzes habe man das Generalkonsulat wieder mit der Ministerresidentur vereinigt. Die Wirksamkeit des Konsulats solle darin bestehen, daß es nähere Berührung mit den österreichischen Elbschiffern, den dort Geschäfte treibenden österreichischen Handelsleuten,

[46] Dekret der Hofkammer, 1826, 1. Mai.
[47] Hofkammer, 1825, 9. November.
[48] Hofkammer, 1825, 7. September.
[49] Hofkammer, 1826, 15. Februar.
[50] 1826, 8. März.

dem Triester Zentral-Seegubernium, der böhmischen Landeskommission in Elbschiffahrtsangelegenheiten, endlich mit dem Finanzministerium suche und pflege.

Gelegentlich fielen der Gesandtschaft auch peinlichere Aufgaben zu. So stand im Jahre 1827/28 der hamburgische Kaufmann Wollheim, ein Oheim des späteren gleichnamigen hamburgischen Dramaturgen und Theaterdirektors, im Verdacht, an der Fälschung österreichischer Staatsobligationen beteiligt zu sein. Der hamburgischen Polizei machte sowohl v. Binder wie der russische Gesandte v. Struve den Vorwurf, in dieser Angelegenheit „unbegreiflich nachlässig" verfahren zu haben, so daß es Wollheim gelang, alle Spuren dieses offenbar nicht ganz sauberen Handels, der ihn auch mit den russischen Behörden in Konflikt brachte, zu verwischen. Hamburg und Altona galten überhaupt als Orte, wo sich die zahlreichen Banknoten- und Staatspapierfälscher sammelten[51].

Daneben gingen auch politische Dinge; so verhielt sich Hamburg mit den anderen Hansestädten ablehnend wider die gegen Spanien gerichteten Beschlüsse des Kongresses zu Verona und den darauf bezüglichen Antrag Österreichs am Bundestag; Syndikus v. Sienen war namentlich gegen die Abberufung des hamburgischen Ministerresidenten in Madrid[52]. In Frankfurt aber ärgerte sich Syndikus Gries über die Selbstherrlichkeit des österreichischen Präsidialgesandten v. Münch. Gries beteiligte sich auch nicht an den von den übrigen Bundestagsgesandten dem auf dem Johannisberg weilenden Metternich reichlich gemachten Besuchen[53]. Erst mit der Julirevolution gewann in den Beziehungen zu Österreich wieder die politische Note an Bedeutung. Über die hamburgische Presse wurde nun auf österreichischer Seite wieder mehr geklagt; „ihre Zügellosigkeit und ihr verderblicher Geist" veranlaßte im März 1831

[51] v. Binder, 1827, 14. September, 10. Oktober, 19. Oktober, 2. Nov.
[52] v. Sienen an Gries, 1823, 14. Februar; Gries an v. Sienen, 23. Februar.
[53] Gries, 1824, 8. Mai.

v. Binder zu einem langen Bericht nach Wien; doch erkannte er bald die Nutzlosigkeit solcher Beschwerden; kaum sei ein Preßvergehen beseitigt, sei schon wieder ein neues da[54]. Doch leugnete er nicht, daß im allgemeinen in Hamburg ein starkes Verlangen nach Ruhe und Ordnung bestehe; während andererseits die Stadt als „Sammelpunkt" der französischen geheimen Agenten für Deutschland anzusehen sei, die auf die Presse durch Geldbestechungen und Versprechungen im Sinne der Revolution einwirkten[55]. Das Ansehen des Senats hielt v. Binder für tief gesunken; vielleicht bedürfe es nur einer geringfügigen Veranlassung, um hier den gewaltsamen Umsturz herbeigeführt zu sehen[56]. Es ist bezeichnend, daß fast gleichzeitig der Syndikus Sieveking aus dem Bundestage über den abnehmenden Einfluß Österreichs infolge der von Preußen unterstützten größeren Pressefreiheit und der Zollpolitik zu berichten wußte[57]. Übrigens waren die Äußerungen v. Binders über die hamburgischen Zustände sehr schwankend; schon im Herbst 1832 schrieb er: „In den Hansestädten ist weit weniger Gärungsstoff vorhanden als man im allgemeinen annehmen sollte"; mangelhaft sei aber die Zensur[58].

Auch die abenteuerlichen Pläne des vertriebenen Herzogs Karl von Braunschweig gaben Anlaß zu Erörterungen. Im Sommer 1833 ging das Gerücht, der Herzog wolle nach Hamburg kommen und von hier eine Unternehmung gegen

[54] v. Binder, 1831, 8. März; 1832, 28. Juni; Baasch, Zeitungswesen, Seite 22. Im November 1831 Beschwerde v. Binders beim Senat über das hier erfolgte Erscheinen von Börnes „Briefen aus Paris", die manche Schmähungen Österreichs enthielten.
[55] v. Binder, 1831, 15. April.
[56] v. Binder, 1832, 6. Januar.
[57] Sieveking, 1831, 25. Oktober (Hamburger Staatsarchiv).
[58] v. Binder, 1832, 6. September. Über v. Sienen sprach sich hier v. Binder sehr scharf aus: „Es ist unmöglich, sich einen beschränkteren und eigensinnigeren Mann zu denken, der weder seine Stellung noch das ihm obliegende Geschäft zu übersehen imstande ist. Allein der Senat dürfte schwer zu bewegen sein, ihn seines Amtes zu entsetzen, da diese Herren sich immer wegen Freundschaft und Verwandtschaft die Stange zu halten pflegen, obwohl er diesen durch seine Ungeschicklichkeit sehr häufig in große Verlegenheit gebracht hat."

sein Land betreiben. Metternich richtete sogleich eine Note an v. Binder, er solle dem Senat die feste Erwartung der Kaiserlichen Regierung aussprechen, daß seinerseits alles geschehe, um die Sicherheit des Deutschen Bundes gegen solche Unternehmungen zu schützen, gegebenenfalls müsse der Herzog festgenommen und gerichtlich abgeurteilt werden[59]. Die Nachricht ergab sich alsbald als Erfindung.

Nach den Wiener Konferenzen vom Jahre 1834 scheint der Senat wieder mehr Anschluß an Österreich gesucht und gefunden zu haben. Ob das dem Einfluß des Bremer Bürgermeisters Smidt, wie der preußische Gesandte v. Hänlein meinte, zuzuschreiben war, ist zweifelhaft; aber auch Sieveking nahm die Ratschläge des Gesandten v. Binder mehr denn je in Anspruch[60]. Es war das jetzt Friedrich v. Binder, der seinem im Frühjahr 1833 abberufenen Bruder in der Ministerresidentur gefolgt war. Er betonte wieder die Notwendigkeit eines ordentlichen Generalkonsulats, das viel wichtiger sei als die entbehrliche diplomatische Vertretung. Tatsächlich hatte sich der Verkehr österreichischer Seeschiffe im Hamburger Hafen vermehrt; in den zwei Jahren 1832 und 1833 waren vierzehn angekommen mit 4643 Tonnen und 189 Mann Besatzung und Ladungen von insgesamt etwa 800 000 Mark Bankowert. Sie kamen von Triest oder Häfen der Levante[61].

Friedrich v. Binder starb schon am 25. Mai 1835 in Hamburg. Sein Nachfolger, Freiherr v. Kreß, erhielt eine bemerkenswerte Instruktion[62]. „Hamburg“, so heißt es, „ist uns in doppelter Beziehung wichtig, erstlich als Beobachtungspunkt, dann wegen seiner vielfältigen commerziellen Berührungen mit der Monarchie. In der ersten Hinsicht sind es sowohl die wesentlichen politischen Ereignisse im Norden

[59] v. Hänlein, 1833, 16. August; Metternich an v. Binder, 7. Sept.
[60] v. Hänlein, 1834, 5. September; vgl. Baasch, Geschichte Hamburgs, I. 66.
[61] v. Binder, 1834, 13. März, 14. Juni.
[62] An Frhr. v. Kreß, 1836, 7. Dezember.

Deutschlands und Europas, für welche Hamburg einen wichtigen Stapelplatz bildet, als durch die den Dienst Seiner Majestät und die Interessen des Staates direkt oder indirekt näher oder entfernter berührenden Vorgänge, Einrichtungen, öffentliche oder individuelle Unternehmungen und darunter vornehmlich alles, was die innere Sicherheit des Staates aus dem polizeylichen Gesichtspunkt, dann den finanziellen Credit betrifft, worauf Ihre Aufmerksamkeit unausgesetzt gerichtet seyn muß. In Rücksicht der commerziellen Interessen werden Ew. P.P. zwar nach den neuerlich geäußerten allerhöchsten Absichten von den zuletzt mit der Mission verbundenen Consulatsgeschäften enthoben seyn, allein nichtsdestoweniger wird es Ihre stäte Sorge seyn müssen, alle Vorgänge, welche unseren Handel und Industrie angehen, zu beobachten, die in Ihrem gesandtschaftlichen Bereich stehenden k. k. Consuln bei den betr. Regierungen kräftig zu unterstützen, die Interessen unserer Handelsleute und Schiffer nach Erfordernis auch im gesandtschaftlichen Wege zu vertreten und überhaupt den k. k. Unterthanen in allen Fällen nach Recht und Billigkeit Schutz und Unterstützung angedeihen zu lassen.“ Depretis wurde nun Generalkonsul. v. Kreß stand sich offenbar mit Syndikus Sieveking sehr gut, nachdem dieser die Geschäfte des verstorbenen v. Sienen übernommen hatte; er urteilte auch über Sieveking freundlicher als die meisten anderen Diplomaten in Hamburg; er sei ein, „wenn auch vielleicht etwas freisinniger, doch verständiger und gewandter Geschäftsmann“[63]. Aus Sieveking holte Kreß recht viel für seinen „Beobachtungspunkt“ Wissenswertes heraus, namentlich über die hannöverschen Verhältnisse; insbesondere aber lieferte Sieveking jenem regelmäßig die wertvollen Berichte des hanseatischen Ministerresidenten in Paris, Rumpff, der dort am Hofe sehr gut angeschrieben war, die Kreß dann brühwarm nach Wien weitergab. Metternich sprach Kreß seine große Befriedigung über jene interessanten Be-

[63] v. Kreß, 1837, 8. Mai.

richte aus; er wurde ausdrücklich aufgefordert, mit diesen Mitteilungen fortzufahren[64].

Hamburg suchte damals durch Vermittlung der Kaiserlichen Regierung sich Handelsvorteile im Orient zu verschaffen. Die freie Zulassung ihrer Flaggen in den ottomanischen Gewässern war schon lange ein Wunsch der Hansestädte; man hoffte mindestens, daß die Regierung nicht abgeneigt sei, durch ihre Konsuln in der Levante den hanseatischen Schiffern im Notfall Schutz zu gewähren. Hiergegen hatte auch die Regierung nichts einzuwenden, namentlich erklärte die Allgemeine Hofkammer, daß, wenn auch der direkte Verkehr der Hansestädte mit dem Orient der österreichischen Flagge nachteilig sei, es doch dem österreichischen Interesse zuträglicher sei, wenn die Städte in diesem Verkehr durch die österreichischen Konsuln, als durch fremde vertreten würden. Die förmliche Bestellung der Kaiserlichen Konsularämter zu solchen der Hansestädte sei dagegen bedenklich; die Vertretung müsse aus dem Gesichtspunkte eines Schutzverhältnisses betrachtet werden, so wie das im alten Reich der Fall gewesen sei[65].

In der hannöverschen Verfassungsfrage suchte gegenüber der von Sieveking mit Leidenschaft vertretenen hamburgischen Auffassung die österreichische Regierung beruhigend einzuwirken. Kreß, der Anfang 1839 nach Hannover versetzt wurde, mahnte die Hansestädte zur Mäßigung[66]. Mit Anfang 1840 beginnt dann eine kirchenpolitische Frage, die Errichtung eines Apostolischen Vikariats für den Norden in Hamburg, einen breiten Raum in dem Verhältnis zu Österreich einzunehmen[67]. Nach Depretis, der die Gesandtschaftsgeschäfte provisorisch führte, erregte diese Nachricht selbst bei manchen hamburgischen Katholiken Bedenken; man befürchtete eine zu nahe Kontrolle der

[64] v. Kreß, 1837, 8. Mai, 8. Dezember; Metternich an v. Kreß, 1837, 24. Mai, 19. Dezember.

[65] v. Kreß, 1838, 7. Mai; Regierung an v. Kreß, 1838, 2. Februar.

[66] Baasch, Geschichte Hamburgs, I. 64.

[67] Ebenda, I. 282 f.

kirchlichen Angelegenheiten und das Ende der Unabhängigkeit, die die weite Entfernung des bisherigen Diözesansitzes in Paderborn begünstigt hatte; man besorgte auch die Aufrührung von Gewissensfragen, die bisher geschlummert hatten. Unter den einflußreichen und angesehenen Protestanten nannte Depretis nur Sieveking und den Senator Hudtwalcker als solche, die das Recht und die Freiheit des Heiligen Stuhls, in angemessener Weise für das Wohl seiner Gläubigen, und zwar durch die Errichtung eines Vikariats zu sorgen, in Schutz nähmen. Von den Pastoren teilten nur Strauch und Rautenberg, beide der orthodoxen Richtung angehörend, diesen Grundsatz[68]. Daß im Senat auch gegenteilige Ansichten bestanden, ersah Depretis aus einer Unterredung mit Syndikus Banks; dieser äußerte den Wunsch, die Sache möge nicht zu einer praktischen Lösung kommen. Der Senat, der es nicht gern mit irgend jemandem verdarb, sah es offenbar nicht ungern, als Preußen sich ablehnend verhielt und selbst Schritte gegen jene Maßnahme ergriff. Halb scherzend äußerte Sieveking zu Depretis: „Sie müssen uns gegen Preußen beistehen.“ Doch zeigte Sieveking gegenüber dem Drängen des preußischen Gesandten v. Hänlein, der entschiedene Schritte verlangte, große Zurückhaltung; er äußerte zu Depretis: „Wir sollten gleich Kanonen aufpflanzen, um dem anziehenden päpstlichen Legaten den Zutritt in die Stadt zu verwehren“[69]. Von seiner Regierung hatte Depretis die Weisung erhalten, sich in dieser Angelegenheit völlig zurückzuhalten[70]; und das ist auch geschehen. Preußen durchkreuzte schließlich alle weiteren Schritte der Kurie, indem es dem schon ernannten Bischof Laurent den Eintritt in das Land verweigerte. Sieveking empfand das persönlich schmerzlich: „Könnte man das ein Übel nennen“, so äußerte er sich gegen Depretis, „wenn es zu einer katholischen Mission gelange, den Hamburger Berg (die Vorstadt St. Pauli) und dabei auch die

[68] Depretis, 1840, 4. Januar.

[69] Depretis, 1840, 7. Januar, 3. Februar.

[70] Regierung an Depretis, 1839, 27. Dezember.

modernen Protestanten zu bekehren?" Er sprach sogar den Wunsch aus, der neue apostolische Oberhirt möge eine diplomatische Sendung der Kurie bekleiden; dann könne sich der Senat nicht weigern, mit ihm zu unterhandeln[71]. Für die Gefahr, die der Ultramontanismus in sich barg, hatte Sieveking kein Verständnis. Als dann die Kurie mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten, auf die das geplante Vikariat auch in Dänemark gestoßen war, diesen Gedanken aufgab und nun dem Bischof von Osnabrück das Vikariat übertrug, fand diese Neuordnung beim Senat keinen Widerspruch[72].

In den nächsten Jahren war es wieder die hamburgische Presse, an der Österreich manches auszusetzen hatte. Namentlich die „Hamburger Neue Zeitung" erregte den Zorn des Gesandten v. Kaiserfeld, der seit August 1841 diese Stellung bekleidete, wiederholt in hohem Grade[73]. Besonders aber war der Verlag von Hoffmann und Campe der Kaiserlichen Regierung sehr anstößig. „Diese Buchhandlung", so schrieb sie am 20. Mai 1843 an v. Kaiserfeld, „macht es sich zum System und Geschäft, Flugschriften und Broschüren voll gehässiger Tendenz gegen die österreichische Regierung herauszugeben"; so riefen die Schriften „Österreich und seine Zukunft" und „Deutsche Worte eines Österreichers" bei der Regierung hohes Ärgernis hervor; und sie forderte den Gesandten auf, zunächst den Verlag mit einem Verbot zu bedrohen. Campe sprach hierauf v. Kaiserfeld sein Bedauern aus; er wies auf die Vorrede zu Heines Werken hin, die auf seine, Campes, unmittelbare Veranlassung geschrieben sei; auch habe er wiederholt den Verlag von Schriften, die das

[71] Depretis, 1840, 15. Februar.

[72] Regierung an v. Kaiserfeld, 1841, 3. April; v. Kaiserfeld, 1841, 13. und 22. April. Bürgermeister Smidt äußerte sich nach Abschluß dieser Episode: „Unsere katholischen Unterthanen sind die besten von der Welt, und die Regierung bleibt ihren kirchlichen Angelegenheiten ganz fremd; allein für eines muß sie Sorge tragen, dafür nemlich, daß die friedliche Ruhe, in der wir leben, in nichts gestört werde" (Kaiserfeld, 1841, 4. Mai).

[73] v. Kaiserfeld, 1842, 14. Januar; vgl. Baasch, Hamburgisches Zeitungswesen, Seite 31, Anm. 5; 34.

russische und slavische Interesse verträten, abgelehnt; ein Werk über die österreichischen Finanzen, das diese zu erschüttern geeignet sei, werde er nicht drucken lassen; er habe von Leipzig drei neue, Österreich betreffende Schriften mitgebracht, die er, da sie bereits honoriert seien, herausgeben müsse; eine dritte Auflage von „Österreich und seine Zukunft" sei fertig; er könne den Vertrieb in Österreich nicht hindern. Campe hielt auch nicht dafür, daß ihm ein Verbot einen materiellen Verlust bringen werde; auch das frühere Verbot in Preußen habe ihm nur genützt, der Absatz dorthin seitdem zugenommen[74]. Auch weiterhin zeigte die Regierung lebhaftes Interesse an den Campeschen Verlagsgegenständen, und v. Kaiserfeld berichtete eingehend so über die „Spaziergänge eines zweyten Wiener Poeten"[75].

Nicht müde wurde ferner die Regierung in ihren Erkundigungen nach Karl Gutzkow und seinen Beziehungen. In dem Verhältnis dieses Schriftstellers zu Frau v. Bacherach, der Tochter des russischen Ministerresidenten v. Struve, sah man in Wien mehr als eine bloß zärtliche Liaison; man witterte dahinter auch die Absicht Rußlands, Gutzkows „geübte Feder" ankaufen zu wollen[76]. Eine chiffrierte Depesche v. Kaiserfelds unterrichtete dann den Staatskanzler; es heißt hier wörtlich, „daß das Verhältnis zwischen Frau v. Bacherach und dem Litteraten Gutzkow wirklich besteht; es entsprang aus dem Patronat und dem Schutze, welche letzterer den ersten Versuchen der genannten Dame angedeihen ließ, und aus den übertriebensten Lobeserhebungen, die er davon im Telegraphen macht. Die Dame ist geistig reich begabt, besonders mit einer feuerigen Einbildungskraft ausgestattet, und sie ist immer von einer zügellosen Leidenschaftlichkeit hingerissen, welche nicht bloß zärtlicher Art ist, sondern sich auf Alles erstreckt, was sie will und wünscht. Gutzkow, talentvoll und kenntnisreich, ist ein durchaus charakter- und prinziploser Mensch von dem

[74] v. Kaiserfeld, 1843, 6. Juni.

[75] v. Kaiserfeld, 1843, 5. September.

[76] Metternich an v. Kaiserfeld, 1843, 6. Juli.

höchsten Eigendünkel und von unbegränztem Ehrgeiz, dabei um sein tägliches Brod besorgt, da er Frau und Kinder hat. Das Verhältnis zwischen beiden Personen hat die Dame sehr kompromittiert, allein ihre häuslichen und Familienverhältnisse haben sich zugleich besser gestaltet als früher. Dieser Umstand und die vorerwähnten haben mich seit Jahr und Tag veranlaßt, meine nähere Bekanntschaft mit Frau v. Bacherach abzubrechen; sie können allerdings das Verdienst begründen, daß sich zu dem ursprünglichen Character des fraglichen Verhältnisses der Zweck gesellt, Geld zu gewinnen. Frau v. Bacherach ist die Verfasserin des Artikels über Petersburg in der Zeitschrift Minerva — und hat dieses dem Grafen Nesselrode bei seinem Hierseyn eingestanden. Dieser hat den Aufsatz hoch belobt und seitdem der Verfasserin eine besondere Güte zugewandt. Diese fiel in die neueste Zeit ihres Verhältnisses mit Gutzkow[77]."

So eifrig man aber österreichischerseits die Übergriffe der hamburgischen Presse verfolgte, so wenig billigte man doch das Verfahren des preußischen Gesandten v. Hänlein auf diesem Gebiete. Allerdings war v. Kaiserfeld gegen v. Hänlein persönlich stark eingenommen, da eine Beschwerde über ersteren in Wien auf v. Hänlein als Quelle zurückzuführen war. So versäumte v. Kaiserfeld keine Gelegenheit, um seinen preußischen Kollegen als eine etwas lächerliche, nicht ernst zu nehmende Persönlichkeit hinzustellen[78]. Jene Beschwerde galt dem Verhalten v. Kaiserfelds in Anlaß einer Rede, die Syndikus Sieveking bei der Geburtstagsfeier des Königs von Preußen gehalten hatte; v. Hänlein hatte jenes Verhalten zum Gegenstand seiner Kritik gemacht. Die Kaiserliche Regierung tadelte v. Kaiserfeld nicht, riet ihm aber zu beachten, „was daselbst zu meiden oder mit besonderer Vorsicht zu behandeln seyn dürfte"[79]. v. Kaiserfeld fuhr nun fort, v. Hänleins Benehmen in Sachen der Zensur zu kritisieren, wobei allerdings auch Sieveking nicht gut abschnitt; „er sei freilich nicht, wie der frühere dänische Ministerresident in Hamburg, Bokelmann, meinte, ein ‚Demagog', wohl aber ein ‚wankelmüthiger irrlichtlicher Geist'"[80]. In der ersten Zeit seiner Anwesenheit in Hamburg hat offenbar v. Kaiserfeld mit Sieveking auf sehr vertrautem Fuße gestanden[81].

Auch die bremische Presse wurde von Kaiserfeld beachtet und besonders die Weserzeitung und ihr wenig guter Geist getadelt; ihr Berliner Korrespondent schrieb sehr gehässig gegen Österreich. Metternich konnte v. Kaiserfeld insoweit beruhigen, als Smidt ihm, Metternich, ebenfalls seine Unzufriedenheit über einen Artikel ausgesprochen habe[82]. Insbesondere der bayerische Ministerresident für die Hansestädte, der in Bremen residierende v. Hormayr, ein Gegner Österreichs, schrieb in der Weserzeitung gegen den Kaiserstaat[83]. Dann machte das Gerücht von einer in Helgoland geplanten „Schmähpresse", an der der Wandsbeker Drucker Voigt, Hoffmann und Campe und ein polnischer Flüchtling v. Uslar beteiligt sein sollten, v. Kaiserfeld Sorgen[84]. Später war es doch meist die bremische Presse, deren Haltung ihm Anlaß zu Klagen gab. Im März 1846 richtete er an Bürgermeister Smidt ein Privatschreiben und legte ihm dringend die Notwendigkeit strenger Zensur der Tages-

[77] v. Kaiserfeld, 1843, 19. Juli.

[78] v. Kaiserfeld, 1843, 12. Dezember. Später, 1846, 24. Februar, berichtete v. Kaiserfeld einmal über die starke Belästigung des Senats durch v. Hänlein und daß ersterer von einer Beschwerde in Berlin nur absehe, weil man fürchte, daß dann Herr v. Rönne sein Nachfolger werde, und den wolle man hier nicht.

[79] Regierung an v. Kaiserfeld, 1843, 25. November.

[80] v. Kaiserfeld, 1844, 20. Dezember. Ein hartes Urteil v. Kaiserfelds über Sieveking bei Baasch, Hamburgisches Zeitungswesen, Seite 35, Anm. 1.

[81] v. Hänlein, 1841, 5. Februar.

[82] v. Kaiserfeld, 1844, 29. August, 22. Oktober; Metternich an v. Kaiserfeld, 1844, 27. Januar: „Ich kenne des Herrn Bürgermeisters staatsmännische und dem Rechte zugewandte Gesinnungen hinlänglich, um im Voraus glauben zu müssen, daß böswillige Verdrehungen der Wahrheit in der Art, wie sie auf Kosten der ersten Macht des Bundes jener Artikel enthielt, ihn jedesmal in höchst unangenehmer Weise berühren würden."

[83] v. Kaiserfeld, 1844, 29. März, 9. April.

[84] v. Kaiserfeld, 1844, 1. und 2. Februar.

presse über die polnische Insurrektion ans Herz[85]; er beklagte es, daß Smidt sich daran nicht hielt; Smidt habe „den Ehrgeiz, als politische Capacität zu gelten, seine Verbindungen sind vielfältig und ausgebreitet; er genießt eines gewichtigen Ansehens und er mißt sich einen Beruf bey, der sich mit seiner Stellung nicht verträgt“; er sei „geschickt, fein und schlau, allein nichts weniger als zuverlässig“; es sei wünschenswert, „daß ihm nicht gestattet werde, über eine zu freye Presse zu verfügen“[86]. Schon bald darauf empfahl er ein unmittelbares Verbot der bremischen Zeitungen; das sei eine „gerechte Züchtigung“. Smidt trage an der „unwürdigen Haltung“ jener Zeitungen die Hauptschuld. „Es liegt seinem Benehmen ein politischer Cynismus zum Grunde, der der gehässigsten Art und gewiß auch schädlich, besonders in einer Zeit, wo Glaube und Gefühl ohnehin für alles entheiligt sind[87].“ Auch die hamburgische Presse gefiel v. Kaiserfeld wenig; aber Vorstellungen bei Sieveking hatten geringen Erfolg[88]. Sieveking teilte Smidt die harten Äußerungen des Gesandten über ihn mit; erst nach langem Zögern antwortete Smidt, der über jene Kritik sehr gekränkt war, v. Kaiserfeld; er betonte sein Bestreben, die Zensur unparteiisch zu handhaben. Was v. Kaiserfeld besonders erregte, war die Intimität Smidts mit v. Hormayr. „Der Spielraum, der Herrn v. Hormayr in Bremen gestattet wird, ist die verletzendste Rücksichtslosigkeit gegen Österreich.“ Eigentlich sei doch mit der Stellung eines bayerischen Gesandten die eines Journalisten nicht vereinbar. v. Kaiserfeld wollte deshalb auch von der im April 1846 stattfindenden Feier des fünfzigjährigen Dienstjubiläums Smidts keine Notiz nehmen, zumal er bei dieser Gelegenheit auch mit v. Hormayr zusammentreffen müsse[89]. Er fand hierfür die volle Zustimmung Metternichs; „weder die Regierung der freyen Stadt

[85] v. Kaiserfeld, 1846, 7. März.
[86] v. Kaiserfeld, 1846, 15. März.
[87] v. Kaiserfeld, 1846, 18. März.
[88] Baasch, Zeitungswesen, Seite 34 f.
[89] v. Kaiserfeld, 1846, 27. und 30. März.

noch individuell der Staatsmann, dessen Name gefeiert werden soll, können erwarten, daß ein Repraesentant S. M. des Kaisers in dem gegenwärtigen Augenblicke als Theilnehmer bei Festlichkeiten, die sie begehen, erscheine. Wenn die Regierung der Stadt Bremen es fortgesetzt duldet, daß unserem ausdrücklich an sie gerichteten Ansinnen zum Trotz in den auf ihrem Gebiete erscheinenden Tagesblättern bei einer der wichtigsten Zeitfragen Österreich Tag für Tag verunglimpft, der Sache einer ruchlosen Empörung das Wort geredet und überhaupt die Bremer Presse zum Tummelplatz giftiger, persönlicher Leidenschaftlichkeit gegen unsere Monarchie und ihr Kaiserhaus hergegeben wird, so scheint der Zeitpunkt am Ende eher noch zu einer Abbrechung als zu einer Vervielfältigung der staatlich-wohlwollenden Beziehungen zwischen ihr und uns geeignet zu seyn. Was auf der anderen Seite Herrn B. M. Smidt betrifft, so wissen Ew. P. P., daß ihm von lange her meine Achtung gesichert war und ich mich gern der nützlichen Beihülfe erinnere, die er mir bey mehr als einer Gelegenheit zum Aufbau unserer heutigen Staatsverhältnisse in Deutschland geleistet hat“; wenn aber jetzt Smidt die Rücksichtslosigkeit soweit treibe, einen Brief wochenlang nicht zu beantworten und dann das in einer Weise tue, „die als irgend concludent gelten zu lassen er selbst gewiß den Anspruch nicht macht, so verliere ich in seinem Benehmen die Spur der Eigenschaften, die mich früher zu ihm hingezogen hatten“, und er müsse für sich und den Kaiserlichen Hof darauf verzichten, ihm die Teilnahme an jener Feier zu betätigen[90]. Infolge der Haltung der hamburgischen und bremischen Presse wurde am 9. Mai v. Kaiserfeld abberufen, wobei er beauftragt wurde, dem Lübecker Senat zu erklären, daß dieser keinen Grund zu dem Mißvergnügen der Regierung gegeben habe[91]. Nun wurde die hamburgische Presse zwar etwas gemäßigter, bei der bremischen war ein Unterschied in ihrem Verhalten gegen

[90] Metternich an v. Kaiserfeld, 1846, 9. April.
[91] Vgl. Baasch, Geschichte Hamburgs, I. 71; Metternich an v. Kaiserfeld, 1846, 16. April.

Österreich nicht zu bemerken[92]. In Hamburg war es namentlich der Österreicher Schuselka, der, wie v. Hänlein sich ausdrückte, „den Colporteur für alle Zeitungsartikel aus Wien machte“[93].

Neben der Presse war es die deutsch-katholische Bewegung, die in diesen Jahren, wie in anderen Orten, so auch in Hamburg die Aufmerksamkeit der österreichischen Regierung auf sich zog[94]. Kaiserfeld schrieb ihr allerdings nur geringe Bedeutung zu und meldete mit Befriedigung, daß der erste katholische Pfarrer in seiner Osterpredigt sich lebhaft gegen diese Bewegung gewandt habe[95]. Erfreut war er auch über die Stellung des Senates. Dieser hatte, um einer Einwirkung der neuen Lehre auf den katholischen Teil der Bevölkerung entgegenzutreten, angeordnet, daß die Katholiken der Garnison unter Leitung eines Offiziers zur Kirche geführt würden, was bisher nie geschehen war[96]. Weniger befriedigt sprach er sich über Bremen aus, wo die Zeitungen zahlreiche Artikel, die jene Bewegung sympathisch begrüßten, aufnahmen. In Hamburg leitete offenbar den Senat die Befürchtung, daß der radikale Charakter dieser Erscheinung auch für die weltliche Autorität verderblich sein müsse[97]. In ähnlichem Sinne äußerte sich die Wiener Regierung; sie warnte die Regierungen, die die Bildung so gefährlicher Vereinigungen duldeten; zu spät würden sie erkennen, welch reichlichen Brennstoff sie zu ihrem eigenen Schaden angesammelt hätten. Kaiserfeld sollte gelegentlich bei einflußreichen Mitgliedern der Behörden diesen Standpunkt vertreten[98]. Als dann Ronge im November 1846 in Hamburg eintraf, um hier zu predigen, machte v. Kaiserfelds Vertreter, Depretis, schon vorher die Polizei hierauf aufmerksam, erinnerte sie an die ihm gemachten Versprechungen, berief sich auf den Schutz,

[92] Depretis, 1847, 2. November.
[93] v. Hänlein, 1847, 25. Januar.
[94] Baasch, a. a. O., I. 283.
[95] v. Kaiserfeld, 1845, 29. März.
[96] v. Kaiserfeld, 1845, 29. April.
[97] v. Kaiserfeld, 1845, 19. September.
[98] v. Kaiserfeld, 1845, 7. Mai.

den die Katholiken beanspruchen könnten, und forderte die Verhinderung des Auftretens Ronges als eines Sektenstifters. Senator Binder meinte aber, er könne das Wirken Ronges in einem Privatlokal nur auf ausdrücklichen Befehl des Senates verbieten; es sei eine delikate Sache, bei der sich Hamburg in den Augen von ganz Deutschland durch zu große Strenge kompromittieren könne. Ebenso war Sieveking für Gewährenlassen. So brachte Ronge es mit Beihilfe Schuselkas und einiger abtrünniger Katholiken zu einer Versammlung in der „Erholung“. Schon am 23. November war jedoch Depretis angewiesen, sich aller Schritte, privater oder amtlicher, in dieser Angelegenheit zu enthalten[99]. Nach Hänlein setzte Depretis sein „zelotisches Treiben“ fort[100].

Auch für andersgeartete religiöse Verhältnisse, die Hamburg betrafen, zeigte Österreich Interesse. Als im Jahre 1845 die preußische Regierung Hamburg zur Beschickung der in Berlin tagenden Evangelisch-protestantischen Konferenz einlud, lehnte der Senat das ab, und der Konsistorialrat Snethlage mußte unverrichteter Dinge wieder abreisen; selbst die von einer Denkschrift begleitete Note v. Hänleins hatte den Senat nicht umzustimmen vermocht. Da diesem nicht allein die Kirchengewalt zustand, konnte er sich mit gutem Recht aus der Verlegenheit ziehen; dogmatischen Erörterungen ging er gern aus dem Wege und von der Beteiligung an jener Versammlung besorgte er nur Unfrieden für die hamburgische Kirche. Kaiserfeld äußerte sich bei dieser Gelegenheit: „Es herrscht in Hamburg kein tiefer kirchlicher Sinn, vielmehr im allgemeinen religiöse Flachheit, Flauheit und Gleichgültigkeit; allein die argwöhnigste Scheu vor kirchlicher Bevormundung; in dem Predigeramte sind alle Ansichten, alle Grundsätze, alle Systeme vertreten, und dieselbe Buntscheckigkeit religiöser Gesinnung herrscht in der Einwohnerschaft“; die Rede, die der evangelische Pastor

[99] Depretis, 1846, 11. und 27. November.
[100] v. Hänlein, 1846, 27. November.

bei der Grundsteinlegung der abgebrannten St.-Petri-Kirche gehalten, hätte ebensowohl in einer Synagoge oder einer Moschee gehalten werden können [101].

Hinter den politischen Fragen traten die wirtschaftlichen auffallend zurück. Die österreichisch gesinnten Hamburger setzten zwar auf Österreich ihre Hoffnung gegen den preußischen Zollverein, und v. Kaiserfeld verfolgte die hamburgischen Handelsverhältnisse genau, wollte auch die Presse im Sinne der österreichischen Handelspolitik beeinflussen [102]. Praktisch kam dabei offenbar nicht viel heraus. Im Jahre 1845 sprach der Finanzminister v. Kübeck den Wunsch aus, ein hamburgisches Haus möge den Versuch machen, österreichisches Kupfer nach Frankreich, das viel Kupfer aus dem Auslande beziehe, abzusetzen. Das hielt man in Hamburg nicht für möglich, da hier russisches, schwedisches, norwegisches, englisches und peruanisches Kupfer in großen Mengen, aber zu weit niedrigeren Preisen nach Frankreich abgesetzt würde; erst bei einer Verminderung der Produktionskosten des österreichischen Kupfers könne dieses für Hamburg ein bedeutender Handelsartikel werden [103].

Der direkte Elbverkehr mit Böhmen litt unter dem hohen Elbzoll, und der Schiffahrtsverkehr mit Triest war nur gering [104].

Anfang des Jahres 1848 wurde die verwaiste Gesandtschaft wieder hergestellt. Syndikus Banks hatte das durch eine Reise nach Wien im November 1847 erreicht [105]. Erst mit dem 24. April 1848 aber begann die Tätigkeit des neuen Gesandten Graf Lützow. Der inzwischen überall eingetretene Revolutionszustand verlieh seiner Wirksamkeit ein neues Gepräge. Doch schrieb er schon im Juli, er habe sich überzeugt, „daß die in einigen Theilen Süddeutschlands ziemlich bedeutende republikanische Partei in Hamburg nur

[101] v. Kaiserfeld, 1845, 21. November.
[102] v. Hänlein, 1841, 10. März, 30. Juli.
[103] v. Kaiserfeld, 1845, 31. Januar.
[104] Soetbeer, Über Hamburgs Handel, III. 73 f., 157, 228.
[105] Vgl. Baasch, a. a. O., I. 74.

wenige Anhänger zählt. Der praktische Sinn und die größere politische Reife der hiesigen Bevölkerung flössen derselben ein gewisses Mißtrauen gegen jede allzu radikale Umwälzung ein und, obgleich Staatsbürger einer kleinen Republik, ist man hier mit Ausnahme einer wenig bedeutenden Parthei keineswegs geneigt, die republikanische Regierungsform als wünschenswerth für das neu zu organisierende Gesamt-Vaterland zu betrachten" [106]. Diese Ansicht entsprach zweifellos den Tatsachen. Lützow verfolgte aufmerksam den Gang der Dinge, namentlich den der Verfassungsfrage. Auch von Wien aus versagte man ihr das Interesse nicht; nach dem Zustandekommen der radikalen Konstituanten-Verfassung vom 11. Juli 1849 schrieb Schwarzenberg: „Wir haben die in jüngster Zeit zu Hamburg stattgefundenen Verhandlungen über die Gründung einer neuen Verfassung für die freie Stadt mit der der Wichtigkeit des Gegenstandes und unserer Teilnahme an den Geschicken Hamburgs angemessenen Aufmerksamkeit verfolgt, uns jedoch bis jetzt der Besorgnis nicht entschlagen können, daß auch jenes alt-ehrwürdige Gemeinwesen durch Annahme indirecter Verfassungsformen sich selbst das eigene Grab zu graben verführt werden könne. Hamburg ist ein Freistaat und muß, will es anders nicht den ersten Bedingungen seines Bestehens untreu werden, ein Freistaat bleiben. Allein auch ein Freistaat kann und muß, um den Namen eines Staates zu verdienen und seinen Bürgern die Freiheit zu bewahren, eine geregelte und starke Regierung besitzen; diese aber verträgt sich nimmermehr mit staatlichen Einrichtungen und Formen, die der Anarchie und der aus ihr hervorgehenden Pöbelherrschaft Thüre und Thor öffnen. Möge Hamburgs in ihrer Mehrheit gewiß ehrenwerthe Bürgerschaft diese Wahrheit einsehen und durch rechtzeitiges Eintreten verhüten, daß nicht ihre Vaterstadt zum Tummelplatze einer wilden Demagogie und im deutschen Bundesvereine, welcher, seine äußere Verfassung sey welche sie wolle, nur in Ordnung gegliederte

[106] Lützow, 1848, 18. Juli.

Staaten als Genossen dulden kann, zur gefährlichen Anomalie werden! Wir erkennen uns nicht das Recht zu, den Behörden und den Bürgern der freien Staat in dieser, in erster Linie sie allein betreffenden Sache einen Rath zu ertheilen; und Ew. P.P. haben sich sonach jeder amtlichen Äußerung oder Mitteilung zu solchem Ende zu enthalten. Wenn Sie aber in Ihren außeramtlichen Berührungen in die Lage kommen sollten, über die Vorgänge des Tages sich urtheilend zu äußern, so hindert nichts, daß Sie obige Andeutungen als den Inbegriff der Besorgnisse, der Wünsche und der Hoffnungen Ihres Hofes geltend machen[107].“ So ging die erste, noch milde Warnung an Hamburg, auf dem eingeschlagenen Wege der Verfassungsänderung fortzuschreiten, von Österreich aus. Lützow verfuhr dementsprechend, auch als die Konstituanten-Verfassung bald verschwand und neue Entwürfe zur Beratung standen. Die namentlich von Preußen betriebene starke Opposition gegen die sogenannte Neuner-Verfassung wurde zwar von Österreich unterstützt, aber doch nicht in dem Maße, wie man es in Berlin wünschte[108]. In Hamburg erkannte man schnell, daß Österreich nicht so eifrig dabei sei; als im Juli 1851 Lützow eine mit der preußischen Note gleichartige dem Senat überreichte, in der eine Einmischung des Bundes in die Verfassungsfrage in Aussicht gestellt wurde, schrieb Senator Hudtwalcker privatim an Lützow und wies auf die Unmöglichkeit hin, mit der alten Verfassung weiter zu regieren, einzelne Reformen genügten nicht; hier wird „jetzt wahrlich der Kampf der Intelligenz mit dem altreichsstädtischen Zopfthum, nicht aber der Kampf des bestehenden Rechts mit schwindelhaften Theorien verbrämter Kämpfe gekämpft. Wer, wie ich, die Ehre gehabt hat, daß ihm (im Jahre 1848) von den Demokraten zweimal die Fenster eingeworfen und Katzenmusiken gebracht worden, kann wohl einigermaßen für eine Authorität gelten“. Er wisse genau, daß die Kaiserliche Regierung nur ungern zu jenen Noten

[107] Schwarzenberg an Lützow, 1849, 28. Oktober.
[108] Baasch, a. a. O., I. 143 ff.

mit Preußen sich verstanden habe und daß die Sache von Berlin aus betrieben werde. „Es ist eine Marotte des sonst so hoch zu verehrenden Königs persönlich, daß das allerliebste Rococo unserer ‚ehrwürdigen alten Verfassung‘ doch beibehalten werden möge[109].“ Nichtsdestoweniger beteiligte sich Österreich noch an weiteren Schritten gegen die Neuner-Verfassung, so in einem Erlaß vom 21. August 1853. Allmählich nahm doch das Interesse für diese Frage auch in Wien ab, und ganz verlor es sich, als mit der Regentschaft in Preußen diese Frage ihre Aktualität einbüßte und wieder zu einer rein hamburgischen wurde.

Wenn die Sympathien für Österreich in Hamburg seit der von ersterem nachgesuchten Hilfe der Russen im Jahre 1849 stark abnahmen[110], so war das doch nur eine vorübergehende Trübung. Im November 1850 hielt die österreichische Partei in Hamburg, die sich um Heckscher scharte, das Haupt sehr hoch; sie feierte den Sieg von Olmütz. Ein Teil des Senats sah zweifellos in Österreich allein eine Bürgschaft für die Erhaltung des konservativen Elements in Deutschland[111]. Dann wurden aber die im allgemeinen freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem Kaiserstaat und Hamburg infolge der Besetzung der Stadt durch österreichische Truppen nach einem Zusammenstoß mit der hamburgischen Bevölkerung im Juni 1851 auf eine harte Probe gestellt[112]. Der Senat wandte sich mit einer Beschwerde an den Bundestag. Aussicht auf Erfolg hatte er, wie er wußte, nicht. Syndikus Merck sprach sich offen dahin aus: „Wir wissen sehr wohl, daß wir mit unserem Proteste auch in Frankfurt nichts ausrichten werden; allein wir wollen zum mindesten konstatieren, daß es in Deutschland gegenwärtig kein Recht giebt[113].“ Selbst Lützow war offenbar nicht ganz mit dem Auftreten des österreichischen Militärs und seiner

[109] Senator Hudtwalcker an Graf Lützow, 1851, 11. Oktober.
[110] v. Hänlein, 1849, 19. März.
[111] v. Kamptz (v. Hänleins Nachfolger), 1850, 7. und 18. November.
[112] Vgl. Baasch, a. a. O., I. 126 ff.
[113] Lützow an Schwarzenberg, 1851, 5. Juli.

Führer einverstanden. Als über die Auslieferung österreichischer Deserteure durch den Senat im Herbst 1851 eine ziemlich gereizte Verhandlung stattfand, beklagte Lützow das um so mehr, „als eben jetzt eine billigere und unbefangenere Auffassung unserer kommerziellen Unionsbestrebungen sich hier geltend zu machen schien und es gewiß nicht ohne Wichtigkeit ist, auf diesem Gebiete die guten Beziehungen zu der hiesigen Regierung zu erhalten und zu pflegen“ [114]. Syndikus Merck beschwerte sich über das gehässige Auftreten des Generals v. Legeditsch, der alle Gemüter durch sein rücksichtsloses Verfahren erbittere, „das heiße ja, einen kleinen Staat geradezu nöthigen, seinen Stützpunkt anderwärts zu suchen“. Nach dem Abzug der Truppen erklärte aber Merck dem Gesandten, „daß man hierorts die während des Aufenthalts der kaiserlichen Truppen vorgekommenen und durch die Verschiedenheit des beiderseitigen Standpunkts leicht zu erklärenden Reibungen aus dem Gedächtnisse verloren habe und vielmehr hoffe, daß die Erinnerungen an jene Zeit für beide Theile eine angenehme seyn werde“ [115]. Zweifellos legte der Senat großen Wert auf ein gutes Verhältnis zu Österreich, während von ihm das Auftreten Preußens oft recht unbequem empfunden wurde.

Deshalb war er auch eifrig darauf bedacht, nach dem Tode seines Ministerresidenten in Wien, v. Graffen, eine dem dortigen Hofe willkommene Persönlichkeit als Nachfolger zu entsenden; er entschied sich für Heckscher, den ehemaligen Reichsminister der Paulskirche. Seine notorischen Sympathien für Österreich ließen den Senat über manche Bedenken, die dieser Wahl entgegenstanden, hinwegsehen. Graf Lützow hatte sich schon früher wiederholt günstig über ihn ausgesprochen; Heckscher gab jenem vielfach Ratschläge in langen Denkschriften. Als er im Mai 1853 ernannt worden war, empfahl Lützow ihn seiner Regierung nochmals dringend; er würdigte „den richtigen Blick und die Ausdauer, womit Heckscher die Sache unseres Kaiserstaates

[114] Lützow, 1851, 18. und 22. Dezember.
[115] Lützow, 1852, 13. April.

in einem Augenblick festhielt, wo das Ausscheiden oder vielmehr das Hinausdrängen Österreichs aus dem Verbande deutscher Staaten — wenigstens im Norden Deutschlands — beinahe schon wie eine vollbrachte Tatsache angesehen wurde“ [116]. Übrigens hatte schon vorher die Regierung Lützow beauftragt, gegebenenfalls seine persönliche Ansicht zu äußern, daß Heckschers Wahl wohl nicht beanstandet werden würde [117].

Der Krimkrieg verlieh den gegenseitigen Beziehungen eine neue Note. Inzwischen war Lützow, der zum Teil aus Gesundheitsrücksichten wiederholt seine Abberufung erbeten hatte und sie als „eine Art von Erlösung“ ansah, im September 1853 abberufen worden [118]; sein Nachfolger war der frühere Ministerresident in Frankfurt, Freiherr v. Menshengen. Nachdem am 20. April 1854 Österreich und Preußen ein Schutz- und Trutzbündnis geschlossen hatten, erging im Mai, wie an die übrigen deutschen Staaten, so auch an die Hansestädte die Aufforderung beider Großmächte, dem Bündnis beizutreten [119]. Bei den Senaten verursachte das viel Aufregung; man wollte es nicht mit England verderben und wünschte daher, jene Bündnisfrage nach Frankfurt an den Bundestag zu verweisen [120]. Die Städte sprachen sich somit in ihren Antwortschreiben sehr vorsichtig aus. Die hamburgische Note vom 28. Juni [121] bezog sich auf die Konferenz, die seitens der Mittelstaaten in Bamberg abgehalten wurde, und sprach die Hoffnung aus, „daß nunmehr baldigst in der Bundesversammlung eine Einigung sämtlicher deutschen Staaten über den Beitritt zu dem Bündnisse vom 20. April erzielt werden wird“. Die Großmächte drängten jedoch weiter und erreichten Ende Juli den Beitritt des Bundes zum Bündnis. Dem mußten sich auch die Hansestädte fügen,

[116] Lützow, 1850, 29. Dezember; 1853, 31. Januar, 23. Juli.
[117] Graf Buol an Lützow, 1853, 5. Februar.
[118] Lützow an Buol, 1853, 30. April.
[119] Vgl. H. v. Sybel, Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I., Bd. II, Seite 195 ff.
[120] Berichte Menshengens, 1854, 12. und 16. Mai.
[121] Die Lübecks vom 10., die Bremens vom 12. Juni.

wobei Hamburg bemerkte, daß es nach Ansicht des Senats zur Gültigkeit eines solchen Bundesbeschlusses einer Stimmeneinhelligkeit nicht bedürfe[122]. Mehr Bedenken erregte die Zirkulardepesche Buols vom 28. Juli, in der Österreich und Preußen ihren Antrag auf Mobilmachung der Hälfte des Bundeskontingents begründeten. Der Senat war zwar grundsätzlich mit diesem Antrag einverstanden, wünschte aber, daß hinsichtlich der Modalität der Truppenaufstellung vorgängig eine Prüfung seitens der Ausschüsse erfolgen möchte[123]. Als sich aber zeigte, daß zwischen den beiden Großmächten hinsichtlich der Behandlung der orientalischen Frage eine starke Meinungsdifferenz obwaltete, was namentlich aus einer dem Senat vertraulich mitgeteilten Depesche Manteuffels an Graf Arnim vom 21. September hervorging, wurden die Senate stutzig; sie wollten nicht zu Preußen in Widerspruch treten und beschränkten sich daher auf eine Empfangsbestätigung der österreichischen Zirkulardepesche vom 15. September, die zur Stellungnahme zu den Anträgen am Bunde mahnte. Menshengen richtete deshalb am 1. Oktober eine Note an die Senate, in der er auf baldige Antwort drang und das Interesse der Städte an der bedrohten Freiheit der Donauschiffahrt betonte; „wie überhaupt die kleineren deutschen Regierungen sich in ihrem Ansehen und in der bundesverfassungsmäßigen Würdigung ihrer Selbständigkeit nur gehoben fühlen können, wenn Seine Apostolische Majestät im Hinblick auf die innigste Verkettung der obschwebenden Weltfrage mit dem hochwichtigen allgemeinen Interesse Deutschlands an sämtliche deutschen Bundesgenossen als primus inter pares, und zwar direkt an jeden Einzelnen derselben die vertrauensvolle Aufforderung zur freimüthigen Äußerung richtet, so werden die freien Hansestädte um so weniger diese Gelegenheit vorübergehen lassen wollen, um den weltgeschichtlichen Vorzug ihrer hundertjährigen Bedeutenheit an das Licht treten und für das, was der alten Hanse das Theuerste war, ein kräftiges Wort vernehmen zu

[122] Merck an Menshengen, 1854, 21. Juli.
[123] Merck an Menshengen, 1854, 4. August.

lassen". Dieser Appell an den Respekt vor der alten deutschen Vormacht und an althansische Tradition stieß freilich in Hamburg nur auf ziemlich laue Anerkennung. Merck antwortete mit einigen allgemeinen Sätzen, betonte zwar die Notwendigkeit, daß die Donauschiffahrt der freien Bewegung zurückgegeben werde, meinte aber, daß es wohl der Beratung am Bundestage vorzubehalten sei, ob ein Bundesbeschluß auch auf die anderen, das deutsche Interesse weniger berührenden Punkte auszudehnen sei[124].

Auch Frankreich versuchte auf die Hansestädte im Sinne der österreichischen Auffassung einzuwirken. Der Gesandte Cintrat stellte Merck vor, daß es im Interesse der Städte liege, sich den österreichischen Vorschlägen anzuschließen und namentlich an einem Bundesbeschluß für die Mobilmachung mitzuwirken, nicht aber der entgegengesetzten Aufforderung Preußens zu folgen; er drohte, daß Frankreich zu nachdrücklichen Maßregeln gegen Preußen schreiten würde. Merck, der dies Menshengen mitteilte, sprach sein Erstaunen über diese französische Einmischung in deutsche Bundesangelegenheiten aus; das werde bei den Senaten nur das Gegenteil von dem beabsichtigten Zweck erzielen. Er bat auch nicht zu übersehen, in welche Verlegenheit die Städte und andere norddeutsche Territorien geraten müßten, wenn ein Majoritätsbeschluß des Bundes im österreichischen Sinne zustande komme und Preußen dagegen protestiere[125]. Schließlich aber traten auch die Hansestädte am 9. Dezember dem ziemlich unverfänglichen Beschluß bei, nach dem der Militärkommission der Auftrag erteilt wurde, für die Sicherheit Deutschlands Sorge zu tragen[126]. Der Allianzvertrag Österreichs mit den Westmächten vom 2. Dezember, den am 19. Dezember Menshengen mitteilte, erweckte in Hamburg hingegen große Besorgnisse, zumal man fürchtete, daß jenes Bündnis auch den Bund in die kriegerischen Verwicklungen hineinziehen würde. Nach Mens-

[124] Merck an Menshengen, 1854, 6. Oktober.
[125] Menshengen, 1854, 9. Oktober.
[126] Kirchenpauer an Menshengen, 1854, 1. Dezember.

hengens Ansicht war jetzt eine gute Gelegenheit, die Hansestädte nicht nur an die Geschicke Österreichs zu knüpfen, sondern auch sich diese dauernd zu verpflichten und seinem Interesse dienstbar zu machen. Der erste Schritt hierzu würde sein, wenn es ihm gelänge, seine westmächtlichen Verbündeten zu bestimmen, während des Krieges den See- und Landhandel seiner deutschen Verbündeten unverkümmert zu lassen. „Auf diese Weise wäre Seine Majestät der Kaiser der wahrhafte Protector der Hansestädte, deren handelspolitische Bedeutung unter seinem Schirm auch fruchtbringend für Österreichs Zwecke werden könnte, obschon in ihren Seehäfen die österreichische Flagge fast nie erscheint. Es könnte ein politisches Vertragsverhältnis gebildet werden[127].“ In den Hansestädten stand man aber solchen weitausgreifenden Plänen fremd gegenüber; eine Neutralität war gewiß erwünscht, durch den Kaiser aber wohl schwer zu erreichen. Man hatte genug damit zu tun, Handel und Schiffahrt vor dem Mißtrauen der kriegführenden Mächte zu schützen[128]. England selbst, mit dem Hamburg jeden Konflikt ängstlich scheute, verletzte die deutsche Neutralität rücksichtslos, indem es ein Kriegsschiff auf die Elbe, ja bis nach Hamburg hinauf sandte, und von ihm aus ein lebhaftes Werbegeschäft trieb, wobei Hannover diesem Geschäft Vorschub leistete und Helgoland als maritimer Stützpunkt diente[129]. Rußland dagegen versorgte sich in Hamburg fleißig mit Kriegsmaterial (Blei, Schwefel, Salpeter)[130]; und die hamburgischen Reedereien hatten gute Verdienste durch die Vercharterung ihrer Schiffe an die kriegführenden Mächte.

Nach den Schwankungen und Irrungen des Krimkrieges nahmen die hamburgisch-österreichischen Beziehungen wieder

[127] Menshengen, 1855, 25. Januar.

[128] Vgl. Baasch, Die Handelskammer zu Hamburg (1915), II. 2, Seite 334 ff.

[129] Menshengen, 1855, 19. und 22. Mai; Generalkonsul Merck, 1855, 2. Juni und weiterhin; für England betrieb die Werbungen der Oberst v. Stutterheim; in Altona wirkte als ihr Agent Rohlffs; er wurde Anfang Juni in Hamburg verhaftet.

[130] Generalkonsul Merck, 1855, 5. Juli.

eine ruhigere Farbe an. Der preußisch-österreichische Antagonismus, der seit längerer Zeit auch in dem Verhältnis beider Mächte zu Hamburg zum Ausdruck kam, verschwand auch weiterhin nicht, wenngleich die Form sich wandelte. In einer allgemeinen deutschen Frage zeigte sich schon bald eine Übereinstimmung zwischen Österreich und Hamburg. Hier war der Senat sehr unzufrieden mit der Wahl Nürnbergs zum Sitze der Kommission für die Ausarbeitung eines deutschen Handelsgesetzbuches; und Heckscher teilte das der österreichischen Regierung mit, zugleich mit dem Wunsch, Hamburg möge für jenen Zweck gewählt werden. Auch die Kaiserliche Regierung teilte die Abneigung gegen Nürnberg und bedauerte, daß ihr jener Wunsch Hamburgs nicht schon früher zur Kenntnis gebracht worden sei; sie sprach sich aber für Frankfurt aus und meinte, die Wahl Hamburgs möchte „den Stempel überwiegender Berücksichtigung spezieller Interessen an sich tragen“[131].

Ende 1857 war es dann die große Handelskrisis, die Deutschland und vorzüglich Hamburg heimsuchte, die zu einer weiteren Annäherung der Stadt an Österreich führte. Die Kaiserliche Regierung gab der in höchster Not befindlichen hamburgischen Kaufmannschaft ein Darlehen von zehn Millionen Mark Banko, nachdem die preußische Regierung jede Unterstützung abgelehnt hatte. Das war ein, wie wiederholt von verschiedenen Seiten anerkannt wurde, sehr kluger Schachzug Österreichs, das sich damit in den Herzen der für solche Dinge sehr empfänglichen Hamburger ein Denkmal setzte. Freilich, für alle Fälle und Zeiten reichte diese damals hochwillkommene Hilfeleistung nicht aus, um Hamburg unauflöslich an Österreich zu fesseln[132]. Schon während diese Unterstützung geleistet wurde, zeigte sich in der

[131] Buol an v. Testa, 1856, 20. Dezember; v. Testa, 1857, 24. Januar; vgl. Baasch, Handelskammer, II. 1, Seite 572 ff.

[132] Vgl. Baasch, Zur Geschichte der Handelskrisis von 1857 (Zeitschrift des Vereins für hamburgische Geschichte, Bd. 30); wie Hamburg sich durch österreichfreundliche Abstimmungen am Bundestage für die Anleihe dankbar erwies, erwähnt Bismarck, Februar 1858 (bei v. Poschinger, Preußen am Bundestag, III. 245).

hamburgischen Presse eine geteilte Ansicht über jene Wohltat; zum Beispiel die „Hamburger Nachrichten“ waren und blieben preußenfreundlich und verhielten sich gegen Österreich mehr oder weniger ablehnend. Der Italienische Krieg von 1859 zeigte schnell, wie wenig man in Hamburg der österreichischen Sache geneigt war. Bereits vor Ausbruch des Krieges berichtete der Gesandte v. Testa — er war im September 1856 an Menshengens Stelle getreten —, daß hier „eine großartige patriotische Auffassung der Sachlage nicht zu suchen“ sei; „die geängstigten kaufmännischen Interessen umnebeln das politische Urteil; und die überwiegende Sorge für das Morgen ist nur zu geneigt, sich an das Ultimatum der Kaiserlichen Regierung anzuklammern, um den Artikel 46 der Wiener Schlußacte anwendbar zu finden“; d. h. Hamburg betrachte diesen Krieg als einen solchen, den ein Bundesstaat als europäische Macht führte, so daß der Bund mit ihm nichts zu tun habe[133]; diesen Standpunkt teilte auch Preußen. Als dann aber Ende Juni Preußen doch die Mobilmachung anordnete, am Bundestag die Zusammenziehung der beiden norddeutschen Bundeskorps beantragte[134] und der preußische Gesandte v. Richthofen bei Syndikus Merck die Eventualität der Mobilmachung des 10. Korps aussprach, war Merck hierüber sehr wenig erfreut; er wies hin auf die Schutzlosigkeit der Küsten und den drohenden Ruin des hansischen Handels[135]. Der Friedensschluß erweckte in Hamburg freudige Erregung; die Geschäfte gewannen wieder Aufschwung. Merck aber meinte gegenüber Testa, die Berliner Politik sei weniger egoistisch und für Österreich wohlwollender gewesen als man hier annehme, was auch der Wirklichkeit entsprach[136].

Die Verhältnisse, wie sie sich während des Krieges und nach ihm in Norddeutschland entwickelten, ließen es der Kaiserlichen Regierung wünschenswerter denn je erscheinen,

[133] v. Testa, 1859, 1. Mai; vgl. v. Sybel, a. a. O., II. 318 f.
[134] Vgl. v. Sybel, a. a. O., II. 324.
[135] v. Testa, 1859, 3. Juli.
[136] v. Testa, 1859, 22. Juli.

auf die stark verbreitete hamburgische Presse maßgebenden Einfluß zu gewinnen. Der im Dezember 1860 an Testas Stelle tretende neue Gesandte Graf Blome[137] widmete dieser Aufgabe viele Mühe[138]; in der ihm erteilten Instruktion wird die Notwendigkeit betont, dem preußischen Kabinett und dem Nationalverein „das Monopol der Vertretung ihrer Ansichten in der norddeutschen Presse streitig zu machen“. Ferner wurde Blomes Aufmerksamkeit hingelenkt auf die „Taktik, mit welcher im protestantischen Norden Deutschlands die confessionellen Fragen zur Aufreizung gegen Österreich ausgebeutet werden“; mit der durch die Natur dieser Fragen gebotenen Vorsicht habe er sich der Interessen der katholischen Gemeinden in den Hansestädten anzunehmen[139].

Mit der Unterstützung, die Blome für Österreich in der hamburgischen Presse suchte, hatte er wenig Erfolg; die großdeutsche Zeitung, die er hier gründen wollte, ist nie zustande gekommen[140]; insbesondere die „Hamburger Nachrichten“ aber blieben nach wie vor österreichfeindlich; wenn sie in der Konfliktszeit sich aus innerpolitischen Gründen von Preußen abwandten, so bedeutete das keine Schwenkung nach Österreich hin. Überhaupt sah Blome in den in Hamburg herrschenden Anschauungen nichts, was für Österreich dauerhaften Gewinn versprach. Von der „vielgerühmten Dankbarkeit“ gegen die Kaiserliche Regierung wegen der Unterstützung von 1857, der auch Bürgermeister Binder Blome gegenüber Ausdruck verlieh, versprach sich dieser praktisch sehr wenig; „wenigstens ist mir noch von keiner

[137] Blome war Schwiegersohn des Grafen Buol; über ihn Richthofen, 1860, 24. November: „Hier hat man in den Senatskreisen diese Anstellung nicht gerade gern gesehen. Die Anstellung eines Convertiten aus einer eminent protestantischen Familie in einer eminent protestantischen Stadt hat an sich schon Aufsehen erregt. Seine Verbindung mit Holstein, gerade in dieser Stellung, hat man auch nicht für günstig gehalten und, wie ich höre, hat man das auch, obwohl nur leise und unter der Hand, in Wien angedeutet, ohne jedoch irgendwie eine Reclamation damit zu verbinden.“
[138] Vgl. Baasch, Hamburgs Zeitungswesen, Seite 66, 74.
[139] Instruktion vom 16. Dezember 1860.
[140] Blome, 1861, 29. März.

Seite die leiseste Andeutung darüber zugekommen, daß man für den muthmaßlich bevorstehenden Krieg eine Theilnahme Deutschlands zu Gunsten Österreichs hier wünschenswert halte, sondern es treten in den Vordergrund, neben den nordamerikanischen Zuständen, welche alle Gemüther mit lebhafter Besorgniß erfüllen, eine unzweideutige Abneigung gegen jede ernste Verwicklung mit einer der beiden großen Seemächte und gleichzeitig die Befürchtung, daß der Werth unserer Papiere, deren eine nicht unbeträchtliche Anzahl sich in hiesigen Händen befinden, noch tiefer als bisher sinken werde"[141]. In Lübeck huldigte nach Blomes Ansicht der einflußreiche Senator Curtius preußischen Anschauungen, während er in Bremen einen „vorurtheilsfreieren, richtiger denkenden Mann" in dem Bürgermeister Duckwitz fand. Nach diesem waren im Grunde die Sympathien für Preußen im Volke nicht so tiefwurzelnd als es den Anschein hatte; sie würden sich schnell wieder Österreich zuwenden, sobald man die Überzeugung gewänne, daß die Kaiserliche Regierung einer großartigen Machtentwicklung Deutschlands dem Auslande gegenüber, die nun einmal ein allgemein gefühltes Bedürfnis sei, nicht systematisch widerstrebe. Österreich sei bisher durch allerlei unglückliche Mißverständnisse Deutschland entfremdet worden; dagegen sei das neue Programm des Ministers v. Schmerling, wenn es verwirklicht werde, geeignet, den preußischen Sondergelüsten mit einem Schlage den Boden in der öffentlichen Meinung zu entziehen. Dann werde auch die Weserzeitung sich gezwungen sehen, ihren Ton herabzustimmen. Er, Duckwitz, habe zu den preußischen Staatsmännern wenig Vertrauen; auch sei er im Interesse Bremens ein Gegner der kleindeutschen Bestrebungen; doch sei leider Bremen durch seine andauernden Streitigkeiten mit Hannover auf den Schutz Preußens angewiesen[142].

Wenige Monate später hielt Blome die Bevölkerung Hamburgs, den Senat und einige wenige einsichtsvolle Kaufleute abgerechnet, für „völlig reif zur Annexion an Preußen".

[141] Blome, 1861, 1. Januar.
[142] Blome, 1861, 7. und 11. Januar.

Ein einiges Deutschland unter preußischer Führung sei das allgemeine Losungswort. Seien auch die Preußen keineswegs beliebt, so wirke doch „die vage Idee der deutschen Einheit" wieder gerade wie 1848 zugunsten der preußischen Bestrebungen; man wolle von neuem anknüpfen an den Tag, an dem König Friedrich Wilhelm IV. die Kaiserkrone angeboten wurde[143]. Eifersüchtig betrachtete Blome die lebhafte Tätigkeit seines preußischen Kollegen v. Richthofen, der dauernd nach Schwerin, Neustrelitz und Bremen fahre, sicherlich nicht ohne seiner antiösterreichischen Gesinnung Ausdruck zu geben; er gehöre der ultra-preußischen Partei des Herrn v. Bismarck-Schönhausen an[144].

Wie die Pläne einer Beeinflussung der hamburgischen Presse in nichts zerfielen, so stieß auch der Versuch Österreichs, sich der hamburgischen Börse für eine Anleihe zu bedienen, auf Widerstand; erst die persönliche Einwirkung des Generalkonsuls Merck räumte diesen hinweg. Wie früher Parish, so war auch Merck, der seit 1853 das Generalkonsulat bekleidete, und sein Haus eng mit den wirtschaftlichen Interessen Österreichs verbunden. Er war Mitbegründer der Salzburg-Linzer Eisenbahn und vermittelte wiederholt die Ankäufe von Tabak für die österreichische Regie. Als in der Krisis von 1857 sein Haus stark gefährdet war, sah die Kaiserliche Regierung hierin eine um so größere Notwendigkeit, der hamburgischen Kaufmannschaft zu helfen. Sein Bruder, der Syndikus, war nicht weniger von österreichischen Sympathien erfüllt[145]; er freute sich, als in der Frage des Küstenschutzes Hannover die auf ein einheitliches System gerichteten Pläne Preußens zu durchkreuzen suchte[146]; schließlich stimmten freilich doch die Hansestädte dem preußischen Vorgehen zu, Hamburg nur zögernd, Bremen schneller und eifriger. Auch der Generalkonsul Merck meinte, für Kanonenboote unter preußischer Flagge sei hier kein Geld

[143] Blome, 1861, 29. März.
[144] Blome, 1861, 14. Juni.
[145] Westenholz bestreitet das freilich.
[146] Blome, 1861, 27. Sept., 11. Oktober; vgl. v. Sybel, II. 389 f.

vorhanden[147]. Mit Sorge sah aber Blome eine Säule des Großdeutschtums nach der anderen dahinsinken, so im Dezember 1861 den Senator Geffcken[148]. In den Gebrüdern Merck besaß jene Richtung freilich starke Stützen. So suchte Blome auch mit Energie seinen Einfluß auf Syndikus Merck und andere Senatsmitglieder auszuüben, als Österreich Anfang 1862 eine Delegationsversammlung in Frankfurt vorschlug und damit den Anfang seiner Bundesreformpläne einleitete[149]. In den Hansestädten war man aber jenem Projekt durchaus abgeneigt; man wollte es mit Preußen nicht verderben und hatte gegen eine allgemeine deutsche Gesetzgebung einen um so größeren Widerwillen, als das neue Handelsgesetzbuch dort wenig willkommen war; für ein allgemeines Obligationenrecht und eine Zivilprozeßordnung, die von jener Versammlung beraten werden sollten, fehlte jedes Interesse. Vergeblich stellte Blome dem Vertreter Mercks, Senator Rücker, vor, daß durch seine Haltung Hamburg dazu beitrage, der kleindeutschen Partei Recht zu geben, während es doch als erstes Opfer dieser Richtung fallen müsse[150]. Als das Delegiertenprojekt am 22. Januar 1863 in Frankfurt abgelehnt wurde, gehörte die 17. Kurie, d. h. die freien Städte, zu der ablehnenden Mehrheit. Allerdings waren innerhalb der Kurie nur Bremen und Lübeck entschiedene Gegner, während Hamburg einen Vermittlungsantrag stellte, der aber, da Lübeck das Präsidium führte und den Ausschlag gab, unter den Tisch fiel[151]. „Der Bremer Senat“, so meinte Blome, „glaubt bekanntlich die beste Politik darin zu finden, bei jedem Anlasse sich immer der am weitesten gehenden populären Richtung des Augenblicks anzuschließen; dieser Neigung liegt eine kaufmännische Speculation zu Gunsten der Handelsverbindung mit dem

[147] Generalkonsul Merck, 1861, 28. August; Blome war vom Dezember 1861 bis Mitte Februar 1862, weiter im Sommer bis Herbst 1862 abwesend (vgl. v. Sybel, II. 403).
[148] Blome, 1861, 5. Dezember.
[149] Vgl. v. Sybel, II. 428 ff.
[150] Blome, 1863, 11. Januar.
[151] Blome, 1863, 19. und 22. Januar; v. Sybel, II. 451.

inneren Deutschland zu Grunde.“ Übrigens hatte Bismarck vorher dem hamburgischen Ministerresidenten in Berlin, Geffcken, reinen Wein eingeschenkt über seine Beziehungen zu den anderen deutschen Regierungen; er wolle den Würzburgern (d. h. den Mittelstaaten) zeigen, daß er sich vor ihnen nicht fürchte; er sei auf einen gegen Preußen gerichteten Mehrheitsbeschluß gefaßt, den er aber nicht etwa mit der Abberufung des Bundestagsgesandten beantworten, sondern auf den er nur den Bruch der Bundesgesetze konstatieren und sich vorbehalten werde, künftig nur im eigenen Interesse zu handeln. Wenn man sage, Preußen brauche die Mittelstaaten für einen Krieg gegen Frankreich, so sei ein solcher jetzt gar nicht zu befürchten, und eintretendenfalls gingen die Mittelstaaten doch immer nur ihren Sonderinteressen nach und Österreich sei vollauf mit sich selbst beschäftigt[152]. Vielleicht hat doch die energische Sprache des sonst in Hamburg wenig beliebten preußischen Staatsmannes die Stellungnahme des Senats beeinflußt. Syndikus Merck und Rücker bedauerten dessen unsichere Haltung, zu der aber auch das eigenartige Verhalten Hannovers mit beigetragen habe[153]. Wenn der Senat auch dem Delegiertenprojekt abgneigt war, so stand er doch im übrigen mehr denn je zu Österreich.

Auch der vom Kaiser von Österreich nach Frankfurt berufene Fürstentag fand in Hamburg viel Sympathie; doch war man der Überzeugung, daß ohne Preußen nichts geschehen könne; dessen Verhalten verurteilte man[154]. Eine starke Stütze seines Einflusses verlor Österreich in dem Generalkonsul Merck, der am 6. Juli 1863 starb. Über ihn schrieb Blome (aus Ischl) an Graf Rechberg: „An reichen Kaufleuten, die gern den Titel eines k. k. Generalkonsuls übernehmen würden, leidet Hamburg keinen Mangel;

[152] Blome, 1863, 11. Januar (vertraulich).
[153] Vgl. hierzu v. Hassell, Geschichte des Königreichs Hannover, II. 2, Seite 30 ff.
[154] Kanzlist Enders, 1863, 12. August; Blome (in Frankfurt), 1863, 8. Oktober.

ich weiß aber nicht einen einzigen, der dem Verstorbenen auch nur entfernt gleichkäme an geistiger Begabung, Einfluß und warmer österreichischer Gesinnung[155]."

Blome, der das ganze Jahr nur wenig in Hamburg weilte, kehrte als Gesandter nicht mehr dorthin zurück; an seine Stelle trat Ende November 1863 der Frhr. v. Lederer. Jetzt überwiegen die schleswig-holsteinischen und kriegerischen Angelegenheiten. Hamburg lag vorzüglich an dem Schutze der Schiffahrt und hoffte auch hierbei wieder auf österreichische Unterstützung. Bereits im Sommer 1863 plante der Senat, eine Konvention mit Preußen zum Schutze des Seehandels abzuschließen. Österreich verhinderte das aber, indem es für den Notfall der Stadt zwei Panzerfregatten zum Schutze der Elbe in Aussicht stellte. Als nun im Dezember der Krieg mit Dänemark in nächste Nähe rückte, mahnte Lederer seine Regierung, nicht die Gelegenheit zu versäumen, ihren Einfluß in Norddeutschland zu stärken und mit einigen Panzerschiffen Hamburg zu unterstützen; hier werde man zweifellos gerne die Kosten einer solchen Expedition tragen[156]. Tatsächlich entsandte einige Monate später das nun im offenen Kriege mit Dänemark befindliche Österreich eine Eskadre in die Nordsee, die Anfang Mai vor der Elbe eintraf und an den Kämpfen gegen die dänische

[155] Über Merck Richthofen, 6. Juli: „In dem Baron Merck war gewissermaßen der Gegensatz verkörpert, in welchem die österreichischen Interessen zu den preußischen im Norden Deutschlands und auf den Gebieten des materiellen und Handelsverkehrs sowie in politischer Hinsicht stehen. Die diesseitigen Interessen hatten keinen geschickteren, keinen populäreren und opferwilligeren und daher auch keinen gefährlicheren Gegner als ihn. Eine Zeitlang hatte diese Gegnerschaft geruht; in der neueren Zeit war sie mit erneuten Kräften, und man muß leider hinzusetzen, nicht selten ohne Erfolg (sic!) wieder aufgenommen worden. Der Baron Merck ist in einer Periode hingeschieden, wo er sein Bemühen, den österreichischen Interessen hier Sympathien und Eingang zu verschaffen, nicht vergeblich nennen durfte. Wir verlieren also in ihm einen gewichtigen Gegner. Aber, wenn wir ins Einzelne gehen wollten, so würden wir bekennen müssen, daß es meist unsere Fehler in der Vergangenheit waren, die uns diesen Gegner heranwachsen ließen."

[156] Lederer, 1863, 12. Dezember.

Flotte teilgenommen hat[157]. Jede der drei Hansestädte dankte hierfür der österreichischen Regierung. Von einer Beteiligung der Städte an den Kosten war nicht mehr die Rede.

Die Haltung der hamburgischen Bevölkerung gab übrigens der Kaiserlichen Regierung zu manchen Bedenken Anlaß. Schon Anfang 1864 wies infolge erhaltenen Auftrages Lederer den Senat auf die Unzuträglichkeiten hin, die seitens der aus den Herzogtümern in die Stadt strömenden demokratischen Elemente zu erwarten seien. Syndikus Merck beruhigte ihn mit dem Hinweis auf den gesetzlichen Sinn der Bevölkerung, die mit den extremen Elementen nicht gemeinsame Sache machen würde. Der Polizeichef, Senator Petersen, aber konnte sich beziehen auf die dauernden Bemühungen der Polizei, die Bildung von Freischaren zu verhüten und damit den „Konglomerationsprozeß" demagogischer Elemente zu zerstören. Bewundernd sprach Lederer von dem starken „moralischen Einfluß der Regierungsautoritäten auf die großen Volksmassen in den Freistädten"; mit siebzig Polizisten versehe man in Hamburg den öffentlichen Sicherheitsdienst. In der Bürgerschaft selbst freilich, das stellte der Gesandte mit Bedauern fest, herrsche der „Geist des Nationalvereins, des weitgehenden Schleswig-Holsteinertums und der deutschen Demokratie"[158].

Neben den kriegerischen Angelegenheiten waren es einige Fragen politischer und wirtschaftlicher Art, die damals zwischen Österreich und Hamburg zur Erörterung gelangten. So erhoffte letzteres von Österreich die Unterstützung für die lange erstrebte Aufhebung der Transitzölle, die noch immer

[157] Merck an Lederer, 1864, 27. Februar. Ein Ehrengeschenk für Tegetthoff, das eine Reihe angesehener hamburgischer Bürger ihm machen wollte, lehnte der Admiral aus dienstlichen Gründen ab. Auf eine Anfrage Kirchenpauers bei Graf Rechberg erklärte auch dieser die Annahme für unstatthaft (Kirchenpauer an Rechberg, 1864, 19. Juni; Rechbergs Antwort, 28. Juni).

[158] Lederer, 1864, 6. Januar, 9. April. Über das schroffe Auftreten des österreichischen Generals v. Gondrecourt, der im Dezember 1863 die Schließung der Turnhalle forderte, vgl. Wohlwill, Bürgermeister Petersen (1900), Seite 92.

in Norddeutschland bestanden und u. a. den Verkehr zwischen Österreich und Hamburg schwer belasteten; die voraussichtliche Aufhebung dieser Zölle in Schleswig-Holstein gab hierzu Anlaß[159]. Im Mai 1865 kam Merck auf diesen Punkt zurück; Hamburg habe jetzt nach der Auflösung des Sundzolles ein vertragsmäßiges Recht, die Aufhebung zu beanspruchen. Graf Mensdorff teilte völlig diese Ansicht und beauftragte den Kommissar für Schleswig, Halbhuber, für dieses Land die Aufhebung durchzuführen[160].

Am meisten aber bewegten den Senat die Verträge, die er im Juli 1864 mit den Bundeskommissaren für Holstein und Lauenburg über den Telegraphenverkehr mit Lübeck und Holstein abgeschlossen hatte[161]; diese Verträge erregten namentlich den Zorn Bismarcks, wurden aber ebenso, wenn auch in milderer Form, von Österreich angefochten. Als Richthofen drohte, Preußen werde infolge des Vorgehens Hamburgs das Interesse der Stadt auf den Friedenskonferenzen nicht in gehoffter Weise vertreten, wurde Heckscher beauftragt, bei Rechberg gegen dieses Verfahren zu protestieren; Heckscher erklärte, er habe zu Rechberg zu viel Vertrauen, „um auch nur einen Augenblick der Furcht Raum zu geben, daß Ew. P.P., von diesen preußischen Absichten verständigt, denselben auch nur im geringsten Vorschub leisten könnte“[162]. Aber auch Rechberg hielt jene Verträge für einen großen Fehler, wenngleich nur in der Form; ferner hätten die Bundeskommissare ihre Befugnisse überschritten[163]. Die Angelegenheit ging dann an den Bundestag, wo Österreich für die harmlosere Auffassung dieser von Bismarck aufgebauschten Sache eintrat; doch erwartete Rechberg, wenn die Regierung auch gern dem Senat ihre föderative Gesinnung betätige, von ihm, daß er

[159] Lederer, 1864, 13. Juli.

[160] Merck an Lederer, 1865, 22. Mai; Mensdorff an Lederer, 1865, 24. Juni.

[161] Vgl. Baasch, Geschichte Hamburgs, I. 194 f.

[162] v. Westenholz, 1864, 22. September; Heckscher, 18. September.

[163] Rechberg an v. Westenholz, 1864, 24. September; Lederer, 30. September; Heckscher an Rechberg, 2. Oktober.

jede unnötige Schaustellung eines Unterschieds in der Beurteilung beider deutschen Mächte vermeide[164].

Eine andere Frage betraf das dänische Postamt in Hamburg. Dieses wurde im Frühjahr 1864, als Dänemark, ohne mit dem Bunde im Kriege zu sein, hamburgische Schiffe kaperte, ebenso wie die dänische Telegraphenstation vom Senat mit Beschlag belegt. Er bat nun die österreichische Regierung, daß in den Friedensvertrag eine Bestimmung aufgenommen werde, nach der Dänemark auf dieses eigene Postamt verzichte. Österreich war auch damit einverstanden, stieß aber auf den Widerspruch Preußens, das die Abtretung des Postamtes an die beiden Großmächte wünschte; das lehnte Österreich als eine Benachteiligung Hamburgs ab[165]. Als dieses dann mit Dänemark im Sommer 1865 über einen Postvertrag verhandelte, wobei Dänemark sogar die Zahlung der auf hamburgische Staatsangehörige entfallenden Entschädigungsgelder von einer Regelung der dortigen Postverhältnisse abhängig machte, protestierte Preußen dagegen, da jenes Postamt ein Gemeingut Dänemarks und der beiden Großmächte sei[166]. Preußen verhandelte nun in Kopenhagen über die Abtretung des Postamtes, wogegen es Dänemark Erleichterungen in der finanziellen Liquidation versprach. Lederer, von allem durch Syndikus Merck unterrichtet, erhielt dann im Februar 1866 von Mensdorff die Versicherung, daß die österreichische Regierung die Ansicht des Senats völlig teile und als Bedingung zur Einwilligung in das Finanzabkommen verlangt habe, daß über das Postamt nur im Einverständnis mit der Kaiserlichen Regierung und dem Senate verfügt werden könne; doch müsse auch weiterhin der Schein vermieden werden, als ob die Schritte Hamburgs mit der Kaiserlichen Regierung verabredet seien; es sei überhaupt wohl im hamburgischen Interesse gewesen, wenn es sich den

[164] Rechberg an v. Westenholz, 1864, 31. Dezember.

[165] Heckscher an Rechberg, 1864, 8. September. Es war dieses die letzte größere Sache, die Heckscher in Wien vertrat, er starb daselbst 1865, 7. April.

[166] Lederer an Mensdorff, 1866, 1. Januar; Lederer, 1865, 29. Juni; 1866, 23. Januar, 6. Februar.

Anforderungen Dänemarks gegenüber etwas entgegenkommender gezeigt hätte[167]. Da das Kopenhagener Kabinett erklärt hatte, an dem hamburgischen Postamte nur ein finanzielles Interesse zu haben, riet Mensdorff, Hamburg solle Dänemark für das Posthaus und das Beförderungsrecht einen baren Preis bieten[168]. Doch verhielt sich Preußen dauernd ablehnend; als Österreich den Vorschlag zu einer Verhandlung zu Vieren über das Postamt machte, antwortete Bismarck ausweichend. Merck hatte von vornherein nicht erwartet, daß Bismarck darauf eingehen werde[169]. Die sich immer mehr zuspitzenden Reibungen zwischen den Großmächten verschoben die Regelung dieser Frage auf die Zeit nach der Entscheidung[170].

Stand in allen diesen für Hamburg wichtigen Streitfragen Österreich grundsätzlich auf hamburgischer Seite, so ergab sich das zweifellos aus der Notwendigkeit für Österreich, sich an der Unterelbe einen politischen Stützpunkt in dem unvermeidlich bevorstehenden Kampfe mit Preußen zu sichern. Österreich konnte Hamburg um so eher unterstützen, als es an diesen Dingen selbst kein aktuelles Interesse besaß. In Schleswig-Holstein gehörte zu den Kampfmitteln das Streben, die Schiffsreeder der Herzogtümer zur Annahme der österreichischen Flagge zu bestimmen. Der österreichische Generalkonsul v. Westenholz, der seit Ende 1863 Mercks Stelle einnahm, den oft abwesenden Lederer wiederholt vertrat, auch einen lebhaften Briefwechsel mit dem Unterstaatssekretär Baron v. Meysenbug und dem Sektionschef Baron Max v. Gagern führte, bewies hierin großen Eifer, so daß schließlich ein Viertel aller dieser Schiffe die österreichische Flagge trug. In Altona stieß v. Westenholz freilich auf große Schwierigkeiten; man war hier aus praktischen Gründen mehr preußisch gesonnen; und der österreichische Honorar-Agent Th. Gayen war die Seele des Widerstandes. Westenholz erreichte es, daß er im Sommer 1865 seiner Stellung enthoben wurde[171].

[167] Mensdorff an Lederer, 1866, 17. Februar.
[168] Mensdorff an Lederer, 1866, 22. März.
[169] Lederer, 1866, 6. und 17. März.
[170] Erst im Postvertrag des Norddeutschen Bundes mit Dänemark vom 7. April 1868 erklärte dieses sich mit der Aufhebung des Postamtes in Hamburg gegen eine Abfindungssumme einverstanden.

Soweit er vermochte, wirkte v. Westenholz auch in der Richtung, Hamburg nicht zu sehr unter den preußischen Einfluß gelangen zu lassen[172]; er veröffentlichte zu diesem Zwecke Artikel im „Hamburger Correspondent". Doch meinte er im August 1865: „Die Stimmung ist hier im ganzen eine ziemlich gedrückte, weil man Preußen wie eine schwarze Gewitterwolke immer näher und näher über Hamburg heraufsteigen sieht." Noch schwarzseherischer war man in Lübeck, wo schon die Annexion Lauenburgs als schwerer Schlag empfunden wurde. Lederer konnte nach einem Besuch Lübecks scharfe Äußerungen der Senatoren Brehmer und Curtius über die preußische Politik berichten[173]. Als dann die Dinge zur Entscheidung drängten, sprach Lederer die Vermutung aus, daß der Beginn einer zu erwartenden Aktion Preußens gegen Österreich in der Besetzung Hamburgs und Lübecks durch preußische Truppen bestehen werde. Eine solche Maßregel werde in Hamburg große Erregung hervorrufen, da der Senat durchgängig aus Gegnern Preußens bestehe, zumal es wohl nicht bei einer vorübergehenden Besetzung bleiben werde, sondern diese der „Ausgangspunkt zu einer Absorption der Territorialhoheit der Freistadt" werden würde. Man werde deshalb im Kriegsfalle eine österreichische Besetzung mit Freuden begrüßen, da man wisse, daß diese nur provisorisch sein werde. Die Bürgerschaft sei ebenfalls preußenfeindlich, „und dasselbe gilt, wie mir Senator Petersen versicherte, von der großen Masse der Bevölkerung". Ähnlich sei es in Lübeck[174]. Auch im Bremer Senate herrsche, wie Lederer nach einem Besuch daselbst feststellen zu können

[171] Hier und in folgendem sind Mitteilungen aus den Aufzeichnungen und Korrespondenzen des Generalkonsuls v. Westenholz benutzt, die ich seinem Sohne, dem Freiherrn A. W. v. Westenholz, in Hamburg verdanke.
[172] v. Westenholz an v. Gagern, 1865, 11. März.
[173] Lederer an Mensdorff, 1865, 29. April.
[174] Lederer, 1866, 15. März.

meinte, eine für Österreich günstige Stimmung[175]. Als er kurz darauf mit Syndikus M e r c k über den preußischen Antrag in Frankfurt auf Einberufung eines Parlaments sprach, äußerte sich M e r c k dahin, daß er und vermutlich die Mehrzahl der Senatsmitglieder „den überstürzenden, revolutionären Charakter des preußischen Antrages nicht verkennen werden", man müsse aber abwarten, welche Wirkung er in Deutschland hervorbringen werde[176]. Die weiteren Schritte der Städte in Frankfurt, so namentlich gegenüber dem sächsischen Antrage vom 5. Mai, beobachtete L e d e r e r scharf[177]; sie hielten sich sehr vorsichtig innerhalb des Bundesrechts, eine Haltung, die er mit ihrer prekären Lage Preußen gegenüber zu entschuldigen suchte. Doch versicherte am 14. Mai M e r c k dem Gesandten vertraulich, daß Hamburg entschlossen sei, sich den Anordnungen des Bundes zu fügen, etwaige plötzliche Eingriffe Preußens in seine Rechte aber „mit moralischem Nachdruck" zurückweisen werde[178].

In diesen Tagen trat nun auch Preußen in Hamburg aktiv auf. Am 17. Mai verlangte R i c h t h o f e n vom Senat die Übertragung der militärischen Führung des Kontingents und der diplomatischen und konsularischen Vertretung. Der Senat lehnte diese Forderung ab. P e t e r s e n erklärte Lederer, er sei für ein Maximum des Widerstandes, selbst wenn Preußen zur Anwendung physischer Gewalt schreiten würde, die Mehrheit des Senats gehe aber nicht soweit, sondern werde sich auf Zurückweisung und Protest am Bunde beschränken[179]. Als M e r c k dann aus Frankfurt hörte, Österreich wolle dort einen Antrag stellen, der sich gegen den von R i c h t h o f e n gemachten Versuch, Hamburg vom Bundesrecht abzubringen, richte, bat M e r c k im Namen des

[175] Lederer, 1866, 3. April.
[176] Lederer, 1866, 9. April.
[177] Lederer, 1866, 11. Mai; vgl. v. S y b e l, IV. 359.
[178] Lederer, 1866, 14. Mai.
[179] Lederer, 1866, 17. Mai. Senator Petersen hat demnach damals keineswegs dem Standpunkte eines größtmöglichen Entgegenkommens gegenüber Preußen gehuldigt, wie man aus seiner späteren Haltung hätte annehmen können.

Senats, davon Abstand zu nehmen, da die Stellung eines solchen Antrages Hamburg zukomme und dem Senate aus ihm nur weitere Verlegenheiten erwachsen würden[180]. Lederer teilte dies nach Wien mit, und man unterließ jenen Antrag.

Schon seit Ende März hatte sich v. W e s t e n h o l z für die Rettung der drei Millionen Mark Banko bemüht, die der holsteinischen Landesregierung gehörten und in der Norddeutschen Bank und Vereinsbank in Hamburg deponiert waren. Vergeblich hatte er die Kaiserliche Regierung gedrängt, Sicherheitsmaßregeln zu ergreifen. Nun griff am 6. Juni Preußen zu, indem es mittelst Notariatsaktes bei den Banken Protest erhob, jene Summe nicht ohne Zustimmung der preußischen Regierung auszuliefern; sie hielt das Kondominium über Holstein wiederhergestellt und nahm ihre Miteinwilligung bei der Verfügung in Anspruch[181]. Damit war diese Summe der österreichischen Regierung entzogen. Ein Gegenprotest, den L e d e r e r auf Veranlassung des Generals v. G a b l e n z am 12. Juni einlegte, blieb wirkungslos. Bereits an diesem Tage zogen die noch in Holstein stehenden österreichischen Truppen durch Hamburg ab. Den österreichischen Antrag am Bundestag auf Mobilisierung des Bundesheeres empfahl Lederer den Senaten eifrig; er mußte aber zu seinem Leidwesen telegraphieren: „Diese sind durch die letzten Ereignisse in Holstein vollkommen in die preußische Machtsphäre gelangt und weichen jeder bestimmten Erklärung aus, trotzdem sie früher stark für Festhalten am Bunde und das Recht sich ausgesprochen." Grundsätzlich stimmte der Senat Lederer zu, so namentlich die Bürgermeister L u t t e r o t h und S i e v e k i n g und Syndikus M e r c k[182]; den Mobilmachungsantrag aber lehnte man ab. Lederer klagte über die „elende Haltung der Freistädte"; es sei ein Übel der Bundesverfassung, daß sie überhaupt eine Stimme abzugeben hätten[183]. Am 14. stimm-

[180] Lederer, 1866, 20. Mai.
[181] Lederer, 1866, 6. und 7. Juni.
[182] Senator P e t e r s e n hatte einen Erholungsurlaub angetreten und kam erst am 25. Juni zurück.
[183] Lederer, 1866, 13. Juni (Telegramm und Brief).

ten die Hansestädte bekanntlich gegen den österreichischen Antrag. Während nun Richthofen seit dem 16. beim Senat die ihm vorgeschriebenen Schritte auf Anschluß an Preußen tat[184], sah sich Lederer von seiner Regierung fast völlig abgeschnitten; er benutzte für die Beförderung seiner Berichte einen nach Frankfurt abgehenden englischen Kurier; das hannöversche Post- und Telegraphenamt war am 18. Juni von einem preußischen Kommando besetzt worden. Trotzdem und trotz der Besetzung Hannovers sah man, wie Lederer schreibt, Richthofen noch immer Arm in Arm mit dem hannöverschen Ministerresidenten Zimmermann; man meine, dieser habe bereits ein preußisches Anstellungsdekret in der Tasche[185]. Noch fand Lederer den Mut, sich beim Senat über ein bei J. S. Meyer erschienenes Flugblatt, das für Preußen eintrat, zu beschweren; der Verleger wurde verwarnt. Er blieb auch auf seinem Posten und motivierte das damit, daß tatsächlich Hamburg jetzt die einzige noch vorhandene kaiserliche Mission in Norddeutschland sei; erst wenn die Senate gezwungen würden, das Bündnis gegen Österreich einzugehen, werde er seine Mission als beendigt ansehen. Er wurde auch stets von Merck, Bürgermeister Haller und anderen Senatsmitgliedern auf dem laufenden gehalten. Am 26. schrieb ihm dann Merck privatim: „Die Zustimmung zu dem Bündnisse ist heute, da die Situation sich immer mehr verschlimmert habe und wir, nachdem auch der Herzog von Braunschweig nachgegeben hat[186], ganz allein und isoliert geblieben sind, angenommen, den Verhältnissen weichend[187].“ Am 28. teilte er den Senaten die Niederlegung seiner Mission mit, am 29. übertrug er sie dem englischen Geschäftsträger Ward; am 5. Juli verließ er Hamburg; die Nachricht von Königgrätz wird entscheidend für diesen Schritt gewesen sein.

[184] Vgl. Baasch, Geschichte Hamburgs, I. 196 ff.

[185] Lederer, 1866, 18. Juni. In den preußischen Staatsdienst ist Z. nach der Katastrophe nicht getreten; er bezog nur sein Gehalt weiter und schrieb für die preußische Regierung mancherlei Denkschriften.

[186] Am 22. hatte der Braunschweigische Landtag den Antrag der Regierung betr. Anschluß an Preußen angenommen (vgl. K. Lange, Braunschweig im Jahre 1866, Historische Vierteljahrsschrift 25, 1930, Seite 282).

[187] Das Gesperrte im Brief unterstrichen.

Der hamburgische Senat legte, als Lederer ausschied, großen Wert auf eine Rechtfertigung; Merck sprach ihm noch am 29. Juni im Auftrage des Senats die Hoffnung aus, er werde Seiner Majestät dem Kaiser die ganze Sachlage in wohlwollender Weise darlegen; er hoffe ferner, daß „die eintretende Unterbrechung nur eine vorübergehende sein werde“. In seinem in Wien am 25. Juli erstatteten Bericht bemühte sich auch Lederer, den Senat zu entschuldigen; ohne den Druck Preußens wären die Städte nie aus dem Bunde ausgetreten. Der neue österreichische Minister des Auswärtigen, Freiherr v. Beust, erkannte ebenfalls an, der Beitritt der Hansestädte zum Bündnis gegen Österreich sei kein Akt der freien Willensbestimmung gewesen; er empfahl daher eine Neubesetzung des Postens. So hat denn, meist in Verbindung mit dem Generalkonsulat, die diplomatische Vertretung des Kaiserstaats in Hamburg fortbestanden, bis die alte österreichisch-ungarische Monarchie im Jahre 1918 ein Ende nahm.

Anhang.

Zur Kritik meiner „Geschichte Hamburgs 1814—1918“.

Es kann für den Autor zweifelhaft erscheinen, ob es erforderlich ist, auf Rezensionen, die sein Werk angreifen, zu erwidern. So habe auch ich geschwankt, ob ich auf die meine „Geschichte Hamburgs 1814—1918“ (2 Bände, 1924/25) angreifenden Rezensionen antworten sollte; erfreulich ist ja eine solche Aufgabe nie. Ich könnte mich auch getrost zufrieden geben mit den günstigen Besprechungen (so von O. Brandt in der Deutschen Literaturzeitung, 1926, Sp. 1103 ff.) und den zahlreichen mir zugegangenen anerkennenden Zuschriften und könnte mehr oder weniger unsachliche Angriffe auf sich beruhen lassen. Zuletzt habe ich mich aber auf Rat von Freunden zu einer Antwort entschlossen, hauptsächlich in der Erwägung, daß ein Schweigen mißdeutet werden könnte und für eine spätere Zeit es wünschenswert sein dürfte, auch von dem angegriffenen Autor noch ein Wort gehört zu haben. Damit nehme ich allerdings die Gefahr auf mich, solchen Angriffen mit meiner Antwort eine Publizität zu geben, die ihnen von Rechts wegen nicht zukommt.

Daß ein Werk, wie das meinige, das bis an die Schwelle der Gegenwart reicht und sich nicht scheut, die Dinge mit dem richtigen Namen zu nennen, angefochten werden würde, war mir ja von vornherein klar. Einen der nach Form und Inhalt seltsamsten Angriffe erlebte meine Arbeit durch Heinr. Sieveking; ich habe ihm bereits kurz in der „Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte“, Bd. 19, S. 495 f. geantwortet und will hier nur noch weniges hinzufügen. Sievekings Gegnerschaft, die ja nur aus wenigen, aber um so schrofferen Sätzen bestand und sich in einer maßlosen Aufregung ausdrückt, ist ja zweifellos nur verursacht durch meine meist auf Akten sich stützende Beurteilung seines Großvaters, des Syndikus Karl Sieveking. Für einen Hamburger, der die neueste Geschichte seiner Vaterstadt schreibt, wird nun einmal diese Aufgabe dadurch überaus erschwert, daß er stets die Gefahr läuft, Gefühle gewisser Familientraditionen zu verletzen. Man freut sich zwar außerordentlich, wenn man unter seinen Vorfahren einen Mann zählt, der im öffentlichen Leben eine Rolle gespielt hat und in der Literatur und in den Akten vielfach genannt wird; kommt nun aber der kritische Historiker und weist diesem „prominenten“ Ahnherrn allerlei Mängel und Fehler nach, so fühlt sich die Verwandtschaft in hohem Grade gekränkt. Bei H. Sieveking ist das ja gewiß verständlich; er hat seinem Großvater wiederholt Darstellungen gewidmet, noch zuletzt ein dreibändiges Werk (1923, 1926, 1928), in dem auf 1425 Seiten das Wirken des Großvaters geschildert wird. In diesem breitspurigen Werke wird uns keine flüchtige Bekanntschaft mit irgendeiner geistigen oder politischen Größe, wird uns keine Audienz, kein Trinkspruch, kein Ananaspunsch und kein Schildkrötenragout, keine Aalsuppe, keine Badekur, keine Patenschaft und kein Pferderennen geschenkt, ein Beweis dafür, mit welch selbstgenügsamer Behaglichkeit sich der Enkel in der Erinnerung an seinen Großvater sonnt. Leider wird es aber dem Herausgeber sehr schwer, sich von verwandtschaftlichen Gefühlen zu befreien und sich daran zu gewöhnen, daß selbst Karl Sieveking der historischen Kritik

unterliegt[1]. Da ist dann mit dem Enkel der Ärger über meine „Geschichte Hamburgs“ durchgegangen, und er hat an einer Stelle, wo man eigentlich solche Besprechungen nicht sucht (Wirtschaftsdienst, 1926, H. 12), mein Werk ein „Pamphlet“ genannt, ohne dieser Beschimpfung auch nur den Versuch einer wissenschaftlichen und sachlichen Begründung beizufügen.

Sachlicher gehalten ist der Angriff, den Professor Ad. Wahl (Tübingen) gegen den Band II gerichtet hat. Nachdem er den ersten Band im wesentlichen recht günstig beurteilt hat (Historische Zeitschrift, 133, S. 313 ff.), kann er dem zweiten Band nur bedingt ein Lob erteilen (ebenda 136, S. 134 ff.); und zwar ist es die Behandlung, die ich den Universitätsplänen zuteil werden lasse, über die Wahl sehr empört ist. Hier fühlt sich nun nicht der Verwandte, wie Sieveking, verletzt, sondern es ist der „Freund“, nämlich von Erich Marcks, dessen Wirken in Hamburg für die Universität ich mit wenigen Worten, für deren sachliche Begründung ich nach wie vor voll eintrete, charakterisiert hatte. Daß Wahl als Universitätsprofessor für die Gründung der hamburgischen Universität eintritt, kann ihm nicht übelgenommen werden, obwohl es bekanntlich viele Universitätslehrer gegeben

[1] Dafür nur ein Beispiel: Ich hatte im Bd. I, S. 302, nach einem Bericht des preußischen Gesandten v. Hänlein erwähnt, daß die Kosten der Sieveking-Gildemeisterschen Gesandtschaftsreise nach Brasilien im Jahre 1827 80 000 Mark Banko (d. h. 120 000 Reichsmark) betragen haben. H. Sieveking bezieht sich nun darauf, daß die Hansestädte für diese Gesandtschaft 11 000 Thaler in Gold bewilligt hätten und bezeichnet es als „kritiklos“, daß ich die Angabe v. Hänleins wiederholt hätte. Wenn ich mich nun auch für die Richtigkeit dieser letzteren Angabe durchaus nicht verbürgen kann, so bezweifle ich anderseits durchaus, daß mit den 11 000 Thalern die Gesamtkosten der Reise gedeckt worden sind. Gesandtschaften dieser Art, bei denen reichlich „geschmiert“ werden mußte, waren damals sehr teuer, und allein mit öffentlichen Geldern wird diese den Kaufmannschaften der Hansestädte so wichtige Mission schwerlich bestritten worden sein. Auch trifft Sieveking gar nicht einmal ein Vorwurf, wenn wirklich diese Reise jenen höheren Betrag in Anspruch genommen haben sollte. Die Aufregung von H. Sieveking ist ganz überflüssig und entspringt lediglich seiner großen Empfindlichkeit gegenüber allem, was mit seinem Großvater zusammenhängt.

hat, die entgegengesetzter Ansicht waren und noch heute sind; daß er aber die von mir mitgeteilten Gründe, die gegen die Universität sprachen und nicht nur von mir, sondern von allen Gegnern geteilt wurden, mir als „unerhörte Entgleisungen“ vorwirft, ist recht sonderbar. Aber ohne „Schulmeisterei“ geht es bei Wahl erfahrungsgemäß nicht.

Auf die Angriffe, die A. Herrmann in seiner „Geschichte des hamburgischen Fremdenblattes“ (1928) gegen meine „Geschichte“ gerichtet hat, gehe ich hier nicht ein, da sie stets nur ganz allgemein gehalten sind und jeder wissenschaftlichen Begründung entbehren; den Vorwurf, daß meine Darstellung „parteipolitisch“ sei, kann ich natürlich als eine solche nicht anerkennen. Ich habe dasselbe schon in meiner „Geschichte des hamburgischen Zeitungswesens“ (1930), S. 55, Anm. 5, bemerkt. Das hat Herrmann mir offenbar übelgenommen und in einem Briefe an meinen Verleger es abgelehnt, dieses Buch im „Hamburger Fremdenblatt“ zu besprechen. Diesen Schlag ertrage ich mit Fassung. Da aber Herrmann in diesem Brief gegen mich und meine Arbeiten allerlei anzügliche und kränkende Äußerungen von sich gibt, so entbindet mich dieses ungewöhnliche Verfahren von der Verpflichtung, weiterhin von Herrn Herrmann und seinen literarischen Leistungen Notiz zu nehmen.

Schließlich komme ich zu W. Westphal. Er hat in der „Zeitschrift des Vereins für hamburgische Geschichte“, Bd. 30 (1929) auf 16 Seiten eine Rezension veröffentlicht. Da vier Jahre seit dem Erscheinen meines zweiten Bandes verflossen waren, hat er ja genügend Muße gehabt, sich zu dieser Aufgabe vorzubereiten. Das war auch nötig; denn Westphal hat bisher über hamburgische Geschichte nichts publiziert; diese Rezension ist seine erste Leistung auf diesem Gebiete. Trotzdem ist er an diese Besprechung mit einem überaus mangelhaften Rüstzeug gegangen; er zeigt wiederholt, daß er die hamburgische Geschichtsliteratur nur sehr mangelhaft kennt. Wenn er zum Beispiel Seite 231 mir den Vorwurf macht, ich hätte den wirtschaftlichen und kolonialgeschichtlichen Fragen keine Beachtung geschenkt, wenn er rügt, daß ich die Per-

sonen, deren Privatinitiative die hamburgische Wirtschaft soviel verdanke, nicht genannt habe, so offenbart er damit nur, daß er die „Vorarbeiten“, auf die er hinweist, gar nicht kennt, so nicht meine „Geschichte der Handelskammer“ (1915) und meinen Aufsatz über die „Führenden Kaufleute in der hamburgischen Handelsgeschichte“ (Hamburger Überseejahrbuch 1922). Schon der Hinweis auf die einzige von ihm zitierte „Vorarbeit“, das Buch von R. Hertz über das Haus Godeffroy — das ich übrigens II. 362 angezogen habe —, erweckt den Eindruck einer ganz oberflächlichen Kenntnis der einschlägigen Literatur. Kein verständiger Mensch konnte auch erwarten, daß ich die ganze hamburgische Wirtschaftspolitik mit in dieses Werk hineinarbeiten sollte; das entsprach gar nicht der wohlbekannten Anlage dieser Sammlung; auch hätte ich nur längst von mir Veröffentlichtes wiederholen müssen. Es ist ja auch höchst bezeichnend für die Auffassung, die Westphal von einer „Geschichte Hamburgs“ hat, wenn er mir Seite 233 als Vorbild einer Städtegeschichte eine neuerdings erschienene Geschichte von Bremerhaven vorhält. Bremerhaven und Hamburg!

Angesichts dieser schreienden Unkenntnis wirkt die anmaßende Art der Belehrung, die mir Westphal zu erteilen für gut findet, recht unerfreulich. Denn auch durch die übrigen Auseinandersetzungen rechtfertigt sich der hohe Ton dieser Rezension nicht. Sie ist von Anfang bis zum Ende mit geschichtsphilosophischen Erörterungen durchsetzt, die furchtbar gelehrt klingen und sicherlich auf manche ihren Eindruck nicht verfehlen werden, zumal sie durch merkwürdige Wortbildungen, wie „Seinsfeststellung“ (Seite 225) oder „deskribierbare Merkmale“ (Seite 226), weder klarer noch verdaulicher werden.

Mit erstaunlichem Spürsinn sucht nun Westphal allerlei Mängel an meiner Arbeit aufzudecken. Er wirft mir wiederholt Feindschaft oder „Animosität“ gegen das Reich vor. Eine solche schließt er (Seite 234) aus meiner Bemerkung, daß die Entscheidung von 1866 Hamburg die „halbe Annexion“ gebracht habe, eine Auffassung, mit der gar nichts

Neues ausgesprochen werden sollte und die vollständig der damaligen Sachlage und Beurteilung entsprach — und nur diese habe ich dort geschildert; alle Schlüsse, die Westphal weiter daraus zieht, hat er sich aus den Fingern gesogen; in meinem Buch steht nichts davon; mit dem neuen „Föderalismus“, der sich aus der Neugründung von 1867 entwickelt hat und über den Westphal seine ganze Schulkenntnis vor uns ausbreitet, hat jene Tatsache der „halben Annexion“ gar nichts zu tun. Und weiter soll ich „Animosität“ gegen das Reich hegen wegen meiner Gegnerschaft gegen die hamburgische Universität (Seite 239), weil ich nämlich die künstliche Überfremdung mit von auswärts berufenen wissenschaftlichen Kräften — während man die einheimischen zurücksetzte oder aus Hamburg vertrieb — allerdings als eine Schädigung der Eigenart Hamburgs ansah; auch hierin weiß ich mich eins mit zahlreichen Gleichgesinnten.

Mit meiner Liebe zum Reich, die bis auf Westphal noch niemals angezweifelt wurde, hängt das alles gar nicht zusammen; erst ein Privatdozent[2], der ein Menschenalter jünger ist als ich, mußte diese Entdeckung machen.

Wenn sodann Westphal mir, weil ich wiederholt aus ungedruckten Akten Urteile über Persönlichkeiten mitgeteilt habe, die nicht immer schmeichelhaft sind, vorwirft, ich vermischte die „ernste Historie“ mit der „Skandalchronik“ (Seite 229), so ist das mehr als naiv. Westphal vergißt ganz, daß seit Sueton und Plutarch die Historiker aller Zeiten zur Charakteristik geschichtlicher Persönlichkeiten sich auch kleiner Züge ihres Wesens oder ihres Wirkens bedient haben. Es wäre doch merkwürdig, wenn man hamburgische Persönlichkeiten, die dem Senat angehörten, von dieser Art der Beleuchtung ausnehmen und etwa so ein kleines „Republikschutzgesetz“ mit rückwirkender Kraft für sie erlassen wollte, um eine Kritik und Beurteilung solcher Personen zu erschweren oder gar auszuschließen. Und was für Dinge führt

---

2 Pflichtgemäß stelle ich fest, daß Westphal inzwischen vom hamburgischen Senat den Titel „Professor“ erhalten hat.

Westphal nun an? Wenn er mich tadelt, aus einem Gesandtschaftsbericht angeführt zu haben, Syndikus Sieveking verzehre auf seinem Landhause seine Repräsentationsgelder, so war mir diese Nachricht sehr wesentlich gegenüber den wiederholten Klagen der Diplomaten, Sieveking sei schwer zugänglich, weil er draußen vor dem Tore in seinem Landhause sitze. Wenn ferner in einem anderen Aktenstück beiläufig einem anderen Syndikus „geckenhafte Manieren" zugeschrieben werden und ich das wiederhole, so ist es doch eine übermäßige Empfindlichkeit, das „Skandalchronik" zu nennen[3]! Du lieber Himmel, was für komische Ideen muß Westphal von wirklicher „Skandalchronik" besitzen! Wenn ich eine solche hätte bringen wollen, so hätten mir die Gesandtschaftsberichte auch hierfür Stoff genug geboten; ich habe ihn nicht ausgebeutet. Es spricht jedenfalls für eine geradezu kindliche Auffassung der Geschichtsschreibung, wollte man grundsätzlich alle solche Beurteilungen ausschalten und ihre Veröffentlichung nur, wie Seite 230 geschieht, einer „schlechten Laune" zuschreiben. Wollte man nach Westphal verfahren, so müßte man aus den vielen veröffentlichten historischen und literarischen Briefsammlungen alle persönlichen Bemerkungen und Charakterisierungen ausmerzen. Aber es ist wohl besser, man nimmt, wie andere Äußerungen dieses Rezensenten, auch diese nicht für ernsthaft.

Wie kleinlich und wenig wählerisch Westphal in seiner Kritik ist, zeigt die Bemerkung Seite 233, Anm. 1, wo er mir vorwirft, daß der „beigegebene Prospekt" (alias Waschzettel) im Widerspruch zu meiner Darstellung, die weniger biete, stehe; ich erinnere mich nicht, diesen Prospekt je gesehen zu haben und habe mit seiner Abfassung nichts zu tun gehabt; es zeugt für die große Verlegenheit Westphals, mir etwas am Zeuge zu flicken, wenn er zu derartigen Hilfsmitteln greift.

---

[3] Während des Druckes finde ich, daß v. Hassell in dem oben, Anm. 153, zitierten Werk I, 625 aus einem diplomatischen Bericht die Bezeichnung eines Generals als ein „eitler alter Geck" entnimmt.

Selbst mit der einzigen annähernd sachlichen Bemängelung, die Westphal machte, hat er Unglück. Bei der Schilderung des Zusammenstoßes mit dem österreichischen Militär Pfingsten 1851 habe nicht ich behauptet (I. 127), daß dieser Zusammenstoß ursprünglich „eine gewöhnliche Wirtshausschlägerei" gewesen ist, wie Westphal (Seite 235) angibt, sondern dieser Ausdruck und der ganze Passus ist von mir dem in Anmerkung 2 zitierten Schreiben des Senats vom 9. Juni an seine Vertreter in Wien, Berlin und Frankfurt entnommen („der ganze Krawall sei zu Anfang nichts als eine gewöhnliche Wirtshausschlägerei gewesen"). Was Westphal darüber nach „Akten" sagt, die er eingesehen haben will, ist völlig gleichgültig, maßgebend ist die offizielle Darstellung. Von „weltpolitischen Gegensätzen", die dieser Wirtshausschlägerei in St. Pauli zugrunde gelegen haben sollen, kann natürlich nicht die Rede sein; mit den österreichischen Soldaten hat man sich in Hamburg nachher sehr gut vertragen. Westphal hört wieder einmal die Flöhe husten. Sein Verfahren ist nur ein abermaliger Beweis dafür, daß es nicht auf die Widerlegung eines vermeintlichen Irrtums ankommt, sondern lediglich darauf, meine Arbeit als unzuverlässig in Mißkredit zu bringen.

Unter die Rubrik irriger Berichterstattung fällt es, daß ich die hamburgische Presse nicht erwähnt haben soll (Seite 236); dgl. dagegen I. 56 ff., II. 375 f. Von den „großen Zeitungen" soll ich nur mit dem „Lotsen" „eine Ausnahme" gemacht und ihn behandelt haben; der „Lotse" als „große Zeitung"! Auch alles weitere, was Westphal hier über den „Lotsen" zum Besten gibt, ist abwegig. Westphal hat keine Ahnung von dem peinlichen Eindruck, den diese periodische Schrift seinerzeit im hamburgischen Bürgertum machte, der dann auch das schnelle Ende des Blattes herbeiführte. Deshalb sollte er sich aber auch nicht den Anschein geben, als stünde ihm ein Urteil darüber zu, und er sollte nicht den komischen Versuch machen, mich über hamburgische „Geistesgeschichte" zu belehren; den Befähigungsnachweis dafür ist er uns bisher schuldig geblieben. So erscheint mir der „Lotse"

selbst, den nicht ernsthaft genommen zu haben, er mir vorwirft, immer noch in ernsterem Lichte als der Historiker Westphal.

Weit über das Ziel hinaus schießt auch Westphal, wenn er Seite 229 die von mir im Vorwort zum ersten Bande genügend motivierte Nichtbenutzung mancher hamburgischer Archivalien bespricht und meint, ich hätte lieber das Werk „aufgeben“ oder „vertagen“ sollen. Daß das einigen Leuten gepaßt haben würde, weiß ich wohl; sachlich lag für mich dazu gar kein Grund vor. Eine völlig abschließende Darstellung wird man für die neueste Geschichte heute nie geben können. Es ist auch eine bewußte Übertreibung, daß ich die „Hamburgische Geschichte vornehmlich aus preußischen Papieren“ geschrieben haben soll; nur für einige Episoden überwiegt das preußische Archivmaterial. Auch der Seite 230 behauptete „Verzicht auf hamburgische Quellen“ ist eine unzutreffende Behauptung. Daß ich das Hannoversche Archiv in reichem Maße für die Zeit von 1866 benutzen konnte, verschweigt Westphal ganz. Und wenn er (Seite 232) mir vorwirft, es fehle an „konkretem Detail“ über das Wirken des Senators O'Swald, und dazu weise bemerkt: „es fehlen eben die hamburgischen Akten“, so ist auch das wieder eine müßige Nörgelei, da, wie auch Westphal sehr wohl weiß, man mir solche der neuesten Zeit angehörigen Akten selbst an Ort und Stelle nicht zugänglich gemacht haben würde.

Irrig ist auch, wenn Seite 228 Westphal behauptet, man habe im Jahre 1848 das „Nationale“ nicht gewollt; diese Auffassung beruht auf einer vollständigen Mißverkennung der Unionsbestrebungen jener Tage. Überhaupt finden wir bei Westphal eine seltsame Vermischung politischer und historischer Begriffe, so wenn er mir wiederholt einen „parteipolitischen“ Standpunkt zuschreibt, sobald ich Dinge, die 60 bis 80 Jahre zurückliegen, geschildert habe (Seite 235, 237); als ob ein heutiger „Demokrat“ und Mitglied der D.P.D. dasselbe bedeutet wie ein Demokrat von 1848 oder 1866; wer die Demokratie der Vergangenheit in ihren Irrungen darstellt, der ist nach Westphal „parteipolitisch“ befangen; und man fragt sich erstaunt: parteipolitisch im Sinne von 1848 oder von 1929?

Ganz abwegig ist Westphals Kritik an meiner Beurteilung der Leitung des Senats im November 1918. Ich hatte (II. 135) geschrieben: „Ein Bürgermeister Bartels, ein Kirchenpauer hätten zweifellos unter denselben Verhältnissen einen Abgang in würdigeren Formen gefunden, als es hier leider geschehen ist.“ Dagegen führt Westphal an, Kirchenpauer habe am 10. März 1848 in sein Tagebuch geschrieben: „Die Stimmung im Senat war niederschlagend“, und will damit begründen, daß er im Jahre 1918 sich wohl ebensowenig auf der Höhe gezeigt hätte wie der damalige Präsident des Senats, nämlich Westphals Oheim, Bürgermeiser v. Melle. Diese Beweisführung ist derartig kühn, daß es schwer wird, dabei ernst zu bleiben. Wenn im November 1918 die Stimmung im Senat nur „niederschlagend“ gewesen wäre, so könnte man das gewiß verstehen, aber sie war etwas ganz anderes; die Leitung verlor den Kopf, sie gab völlig dem Druck der Umstürzler nach, sie wich einfach ohne Widerstand — und es gibt auch einen moralischen — der Gewalt und paktierte mit dieser. Es genügt ein Hinweis auf das Beispiel Lübecks, wo man sich anders verhalten und deshalb auch mehr erreicht hat.

Daß Westphal meine Darstellung der Vorgeschichte der Universität anfechten würde, ist begreiflich; als Dozent an ihr mußte ihm das als Pflicht erscheinen. Was ich über die Pläne berichte, die 1913 zur Ablehnung der Universität führten, beruht unterschiedslos auf den damals in der hamburgischen Öffentlichkeit und in zahlreichen Schriften, die ich zum Teil zitiert habe, herrschenden Ansichten, die von mir als Historiker wiedergegeben sind (II. 320). Westphal stellt mich hin als „leidenschaftlichen Gegner“ der Universität (Seite 239). Ich bin nicht leidenschaftlicher gewesen als die Mehrheit der Bürgerschaft, die 1913 die Universität ablehnte; die „Leidenschaft“ lag überhaupt damals weit mehr auf Seiten der Universitätsfreunde, die eine unglaubliche Schreib- und Zungenfertigkeit entwickelten. Ich war ganz einflußlos und bin öffentlich nur mit einem einzigen Zeitungsartikel hervorgetreten,

der ganz der damaligen Meinung meiner Behörde, der Handelskammer, entsprach und mir den Händedruck meines Präses einbrachte; die Universitätsfreunde haben später meist weit besser abgeschnitten, während ich, beiläufig bemerkt, der Universitätsgründung 1919 mein Amt opfern mußte; ich habe das schriftlich.

Wenn nun aber Westphal schreibt, ich wäre gegen „freie allgemeine", nur für „bodenständig determinierte" Wissenschaft in Hamburg, so ist das natürlich, was meine Person betrifft, Unsinn; so etwas ist nie von mir gemeint oder ausgesprochen worden. Aber auch hier wieder zeigt Westphal eine merkwürdige Verwirrung der Begriffe; einen Gegensatz zwischen „freier allgemeiner" und „bodenständig determinierter Wissenschaft" — nur widerwillig wiederhole ich diesen unglücklichen Ausdruck — gibt es ja gar nicht; letztere kann doch auch frei betrieben werden. Tatsächlich aber ist in dem Kampfe um die Universität auch gerade von ihren Anhängern stets betont worden, es sollten in Hamburg besonders solche Fächer gepflegt werden, für die die hamburgische Eigenart günstig sei, d. h. „bodenständig determinierte Wissenschaft". So hat denn wider Wissen und Willen Westphal etwas wenigstens zum Teil Richtiges ausgesprochen; nur hat ihn wieder die blinde Wut gegen mich verleitet, einen Gegensatz zu konstruieren, den es in der Wirklichkeit gar nicht gibt. Man sieht, zu welcher Unsachlichkeit es führt, wenn man sich auf persönliche Kritik verbeißt. Und wenn Westphal zum Schluß als theatralischen Knalleffekt seiner Darlegung aus dem Zusammenhange einen jener Gründe anführt, den ich als im Jahre 1913 gegen die Universität sprechend hervorgehoben habe, so ergibt sich wiederum, daß es ihm nicht auf eine wissenschaftliche Kritik eines geschichtlichen Werkes ankommt, sondern auf eine tendenziöse Verwertung historischer Tatsachen, auf eine Herabsetzung dessen, der über jene Tatsachen referiert. Gegenüber seinen Schlußworten: „Hiermit haben wir die Grenze erreicht, innerhalb welcher es uns möglich war, mit dem Verfasser zu diskutieren", kann ich nur bedauern, daß er zu diesem Entschlusse nicht schon 16 Seiten

zuvor gekommen ist; er hätte sich selbst und den Lesern der Zeitschrift zweifellos einen Dienst erwiesen, wenn er diese „Rezension" für sich behalten hätte.

Auch ich halte hier auf; ich möchte den Leser nicht noch mit weiteren Blüten aus dem Westphalschen Irrgarten behelligen. Es ist ja stets dasselbe; nichts von positiver Gedankenarbeit, dagegen ein mühsam zusammengescharrter Kehricht von Mißgunst und Kleinlichkeit, von Unwissenheit und Begriffsverwirrung; das steht so ganz im Widerspruch mit dem doch schließlich großartigen Charakter der hamburgischen Geschichte. Aber noch auf eins muß kurz eingegangen werden. Die Westphalsche Rezension spricht ja schon durch sich selbst und durch die ihr hier zuteil gewordene Beleuchtung gegen ihn; und es bedarf eigentlich keiner weiteren Erörterung, wie er zu ihr gekommen ist. Aber ich gehe gerne den Dingen auf den Grund und frage daher: wie erklärt es sich, daß drei Historiker, B r a n d t, W a h l und W e s t p h a l, so verschieden über ein und dasselbe Werk urteilen, daß B r a n d t es durchweg lobt, daß W a h l nur in einigen Punkten nicht mit ihm zufrieden ist, daß aber W e s t p h a l es völlig ablehnt? Ein Mehr oder Weniger an Sachkenntnis kann nicht in Betracht kommen; der kritischste, W e s t p h a l, zeigt eine auffallende Unkenntnis. In persönliche Berührung bin ich weder mit Brandt noch mit Westphal jemals gekommen. Woher dann nun die bei diesem sich von Seite zu Seite steigernde Erregung, woher die Animosität einer Besprechung, die an die Stelle sachlicher Erörterung die kleinliche Nörgelei, die Aufbauschung unvermeidlicher Mängel, die bewußte Verdrehung der Begriffe setzt und für nichts auch nur eine anerkennende Note findet. Man wird es bestreiten, aber für mich und andere Kenner der Verhältnisse steht es fest: es ist das alles nur verständlich durch Westphals nahe Verwandtschaft mit v. M e l l e. Dieses Mannes Wohlwollen habe ich mir schon vor Jahrzehnten verscherzt; dann hat meine Gegnerschaft gegen die Universitätspläne noch weiter in dieser Richtung gewirkt. Wenn ich in meinem Werke pflichtgemäß v. Melles Tätigkeit auf diesem Gebiete wie

auch sonst gekennzeichnet habe, so ist das geschehen unter steter Beziehung auf allgemein bekannte Tatsachen und Urteile. Mit dem mir verfügbaren Material hätte ich manches noch viel schärfer darstellen können; ich habe mir das versagt. Westphal tritt aber wiederholt schützend vor v. Melle (Seite 230, 237, 239) in einer ebenso seinen Familiensinn ehrenden wie seine Geschichtsauffassung kompromittierenden Art; wie Sieveking den Großvater, so verteidigt er den Onkel. Kann man nun vielleicht hierfür noch ein gewisses psychologisches Verständnis haben, so ist es doch dabei nicht geblieben; denn auch da, wo es sich nicht unmittelbar um den Oheim handelt, gewinnt nun die einmal entfachte Leidenschaft der Abwehr das Übergewicht und greift mit untauglichen Mitteln eine Arbeit an, die von einem Manne geschrieben ist, der den Bestrebungen des Oheims nicht die hohe Schätzung zuerkennen konnte, die ihm von anderen Seiten ja in reichem Maße zuteil geworden ist, namentlich aber die Form, unter der jene Bestrebungen vertreten wurden, verurteilen mußte. Wer aber so wenig den Schein meidet und unter solchen Umständen eine so „vernichtende“ Kritik sich leistet, noch dazu auf einem ihm ganz fremden Gebiete, der darf sich nicht wundern, wenn man bei ihm persönliche Beweggründe sucht.